www.roteanneliese.ch

ROTE ANNELIESE

NR. 237 | APRIL 2016 | FR. 8.–

Die kritische Stimme des Oberwallis

Amherd, Rieder & Co.:

Unsere Flip-Flopper in Bern

Seite › 5

Steinschlagschutz in Naters:

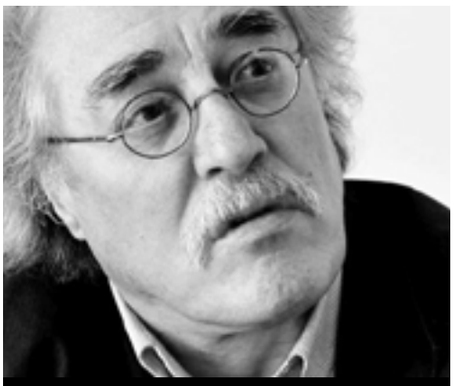
Teure Steine aus Italien

Seite › 6

Oberstaatsanwalt Arnold:

Kein Persilschein vom Chef

Seite › 7



Frank Garbely:

Seilers Seilschaften

Im Rahmen der neuen Serie «Walliser Geschichte(n)» beginnen wir in dieser Ausgabe mit Frank Garbelys dreiteiligem Beitrag über Seilers Seilschaften.

Seite › 14/15

Bau-Wildwest in Verbier:

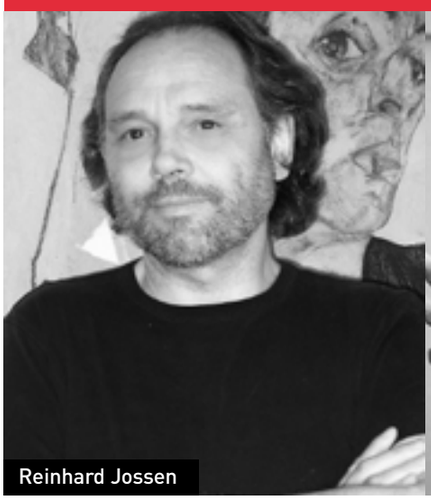
Eisberghäuser der Superreichen

Seite › 20

1. Mai im Oberwallis:

Klartext zum Tag der Arbeit von Jossen & Vontobel

Seite › 8–12



Reinhard Jossen

Werner Vontobel

Dubiose Arbeitsvergaben des Astra:

Nur magere Kost in der Villa Crespi?

Seite › 3

Der 1. Mai – wichtiger denn je!

Seit den Ereignissen in Chicago steht der 1. Mai für den Kampftag der ArbeiterInnenklasse. Dass dieser Kampf immer noch notwendig ist, steht ausser Frage. Die Gewerkschaften stehen zunehmend unter Druck. Dies einerseits dadurch, dass die traditionelle Arbeit immer mehr an Wert verliert (siehe dazu Seite 9 bis 12). Andererseits schürt der aufschwelende Nationalismus fremdenfeindliche Ressentiments, die den Zusammenhalt der ArbeiterInnenklasse weiter schwächen. Nicht zufällig ist deshalb auch das diesjährige Motto der Oberwalliser 1.-Mai-Feierlichkeiten: «Gemeinsam und grenzenlos – gegen Nation, Krieg und Kapital.»

Liebe Leserinnen, liebe Leser

Wenn Sie diese Ausgabe in den Händen halten, steht der 1. Mai kurz bevor und damit auch der wichtigste Tag im Jahr für alle GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen. Ich erlaube mir an dieser Stelle einen kurzen Ausflug in die Geschichte des 1. Mai. Im Jahr 1886 organisierten die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten einen mehrtägigen Streik. Im Zuge der Proteste kamen in Chicago mehrere Menschen zu Tode, einige wurden von der Polizei erschossen; andere durch eine Bombe getötet, deren Urheber bis heute ungeklärt ist. Im Nachgang der Proteste wurden acht Anarchisten zum Tode verurteilt, vier der Todesurteile wurden vollstreckt.

Beschäftigt hat uns in den letzten Wochen auch der Skandal rund um die Auftragsvergabe des Bundesamtes für Strassen. Die Informationen, welche bisher an die Öffentlichkeit gesickert sind, sind dürftig. Wir haben uns deshalb auf Spurensuche begeben und wollten wissen, wer hinter der Interalp Bau AG steht. Den aktuellen Stand der bisherigen Recherche gibt es auf Seite 3.

Neben der Frage, wer die Hintermänner bei der Interalp Bau AG sind, stellen sich weitere Fragen: Wurden die richtigen Leute verhaftet? War die Intervention der Bundesanwaltschaft eventuell voreilig und wird sich am Schluss als Schuss in den Ofen erweisen? Viele Fragen in diesem Fall bleiben vorerst offen. Wir bleiben auf jeden Fall dran.

Martin Germann

Inhalt

Astra Skandal:
Die Gefälligkeiten des G.A.M. 3/4

National- und Ständerat:
Die Flops unser ParlamentarierInnen 5

Naters:
Teurer Bau-Irrsinn im «Bildji» 6

Oberstaatsanwalt:
Weitere Niederlagen für Arnold 7

1. Mai – Tag der Arbeit:
Werner Vontobel zum Grundeinkommen – Reinhard Jossen im Interview 8–12

Abstimmungen 5. Juni:
Milchkuhinitiative und Asylgesetz 13

Frank Garbely:
Seiler Seilschaften 14/15

Sebastian Werlen & Michael Näpfli:
Ein anderer Blickwinkel & Buchtipp 16

Dicke Eier:
Dies und das 17/18

Alternativkultur:
Kulturwüste Oberwallis? 18

Agenda:
Der Veranstaltungskalender der RA 19

Bau-Wildwest in Verbier:
Eisberghäuser der Superreichen 20

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis, Tel. 027 923 63 89, rote.anneliese@rhone.ch

INTERNET www.roteanneliese.ch

FACEBOOK facebook.com/rote.anneliese

REDAKTOR Martin Germann

KOORDINATOR Beat Jost

MITARBEITENDE Frank Garbely, Michael Näpfli, Leon Roth, Werner Vontobel, Sebastian Werlen, Brigitte Wolf

DRUCK s+z:gutzumdruck, 3902 Brig-Glis

Vergabe-Skandale des Bundesamtes für Strasse (Astra) am Simplon:

Etwas Wurst, Wein und Polenta in der Villa Crespi

Oberwallis | Ende März setzt die Bundesanwaltschaft zwei Mitarbeiter der Astra-Aussenstelle Visp und G.A.M, den italienischstämmigen Direktor der Firma Interalp Bau AG, in Untersuchungshaft. Angeblich wegen Verletzung der Richtlinien des Beschaffungswesens und ungetreuer Amtsführung. Ist das alles – oder steckt mehr dahinter? Jedenfalls ist die Kacke um die fragwürdigen Arbeitsvergaben insbesondere am Simplon definitiv am Dampfen.

Beat Jost & Martin Germann

Ein Doppelzimmer in der Villa Crespi kostet im wenig attraktiven Monat April nur 664 Dollar. Das sind gut 650 Schweizer Franken für das besondere Schnäppchen pro Nacht.
Das Essen ist vergleichbar teuer. Die Freunde des Konsortiums Frutiger/Interalp wurden regelmässig in diese bescheidene Villa am Ortasee eingeladen. Als spendabler Gastgeber genoss der derzeit inhaftierte Interalp-Geschäftsführer G.A.M. einen legendären Ruf. Sogar im Hotel «Post» in Simplon-Dorf soll er seinerzeit mehrere hundert Franken teure Flaschen gebunkert haben für den Fall, das mal ein paar Strassenbedienstete von Kanton und Bund zufällig zum Apéro vorbeischauen.
Laut Aussagen, die insbesondere das Schweizer Fernsehen prominent kolportierte, ging es nur um etwas Würste, Wein und Polenta. Geld sei keines geflossen, liess der neue und provisorische Interalp-Geschäftsführer Davide Laganà öffentlich verbreiten.

Gesteuerte Desinformation

Hinter dieser Desinformationskampagne steckt niemand anderes als die renommierte Berner Beratungsfirma «furrerhugi». Die Oberwalliser Werber gingen leer aus. Heynen und Lynch von Visucom kamen nicht in die Kränze. Warum wohl? Wir wetten einen Korb mit Salami, Polenta und Barolo, dass hier die Firmen Frutiger und Emch & Berger die Finger im Spiel hatten.
Denn für sie geht es um sehr viel. Um wie viel illustriert die nebenstehende Zuschlags-Publikation (Auszug) bezüglich eines freihändig vergebenen Auftrags von 3,9 Millionen Franken.

Der Fisch stinkt von Thun her

Es ist nur ein Beispiel. Das Astra vergibt – wenn wir der eidgenössischen Finanzaufsicht glauben wollen – viel zu viele Aufträge freihändig. Freihändig heisst: Aufträge werden ohne Ausschreibung vergeben. Zum Handkuss kommen Unternehmen wie Emch & Berger, Basler und Hofmann sowie Marti. Immer alle ohne Ausschreibung.
Die Briger SP-Grossrätin Doris Schmidhalter-Näfen brachte es im Walliser Bote auf den Punkt: Man will jetzt die Kleinen hängen, obwohl der Fisch vom Kopf her stinkt. Von Thun her stinkt. Bereits am 18. Dezember 2015 hatte sie im Grossen Rat überraschend mit 81 gegen 31 Stimmen ein Postulat durchgebracht, mit dem der Staatsrat aufgefordert wird, die Arbeitsvergaben am Simplonpass zu untersuchen, beim Astra vorstellig zu werden und den Missständen einen Riegel zu schieben.

Was weiss Hermes Kronig?

Der Briger Ex-UBS-Banker Hermes Kronig (81) ist seit mehr als 20 Jahren ➜

Die Rote Anneliese auf Spurensuche

Gehört die Interalp Bau AG am Ende dem Vatikan oder sogar der 'Ndrangheta?

Verwaltungsratspräsident Hermes Kronig kann nicht preisgeben, wem «seine» Interalp Bau AG gehört. Deshalb ging die Rote Anneliese den Sachverhalten auf den Grund und ackerte sich auf dem Oberwalliser Handelsregisteramt durch die Akten der Interalp Bau AG und der ihr verwandten Rarner Blasbiel AG.
Die Spurensuche im undurchsichtigen Firmengestrüpp, in dem auch mögliche Strohmänner und -frauen auftauchen und wieder verschwinden, führte zu folgenden, vorläufigen Erkenntnissen:

› Bei der Gründung (24.08.93) wurden 100 Namensaktien von folgenden Personen übernommen:
- Dr. Hermes Kronig 98 Aktien
- Carmen Kalbermatten 1 Aktie
- Beatrice Leiggener 1 Aktie

› Knapp ein Jahr später (11.10.94) wurde das Aktienkapital um 400'000 Franken (!) erhöht. Sämtliche 400 Namensaktien gingen an die italienische Firma F. Ili Poscio S.p.A. aus Villadossola. Als Präsidentin und Delegierte des Verwaltungsrates trat damals Frau Dr. Stella Poscio auf.

› Am 13.5.97 folgte eine erneute Aktienkapitalerhöhung um 200'000 Franken. Die 200 Namensaktien wurden erneut von der F. Ili Poscio S.p.A. vertreten durch Dr. Stella Poscio übernommen.

› Bei der Gründung der Blasbiel AG gingen die 100 Aktien an folgende (juristische) Personen:
- Interalp Bau AG 98 Aktien
- Dr. Hermes Kronig 1 Aktie
- Giuliano Antonio Mafrici 1 Aktie

Laut dem italienischen Handelsregister gilt die italienische Firma F. Ili Poscio S.p.A. inzwischen als aufgelöst. Die Frage, woher das Aktienkapital kommt und wem die Interalp Bau AG und die Blasbiel AG tatsächlich gehören, bleibt nach wie vor unbeantwortet.
Gehören die Firmen am Ende dem Vatikan oder sogar der kalabrischen Mafia 'Ndrangheta? Wir bleiben dran. ■

→ Fortsetzung von Seite 3. Präsident und einziges Mitglied des Interalp-Verwaltungsrates. Was weiss er von den Aktivitäten seines grosszügigen Direktors G.A.M.? Offenbar wenig. Kronig erklärt gegenüber der Roten Anneliese: «Ich weiss, dass man ab und zu ein Geschenk machte. Mehr ist mir nicht bekannt.» Verwaltungsrat sei er seinerzeit nur geworden, weil das Obligationenrecht vorschreibe, dass bei einer vom Ausland beherrschten Firma mindestens ein Schweizer im Verwaltungsrat sitzen müsse. Immerhin weiss der pro Forma Verwaltungsrat, dass die 700'000 Franken liberiertes Aktienkapital der Interalp Bau AG von Italien kommen. Kronig: «Ich weiss, wem das Geld gehört. Ich kann aber dazu nichts sagen.» (Mehr dazu in der Box auf Seite 3).

Obwohl er operativ nicht in die Geschäfte der Interalp Bau AG involviert war, bricht Kronig eine Lanze für die beiden inhaftierten Astra-Mitarbeiter: «Das waren doch nur subalterne Angestellte im Oberwallis. Die Aufträge wurden doch in Thun vergeben.» ■

Die Tourismuspolitik ist ein Sanierungsfall:

Ciao Cina: Bahnsinnig in die Sackgasse

Sitten | CVP-Staatsrat Jean-Michel Cina geht in einem Jahr in Pension. Zurück lässt er im Tourismus einen Scherbenhaufen. Ob Bergbahnkrise oder Lex Weber, echte Lösungsansätze sind in Sitten nicht in Sicht. Am Beispiel von drei konkreten Fragen zeigen wir auf, wie der Walliser Volkswirtschaftsminister alle Chancen verpasste.

Leon Roth

Gibt es weniger Skifahrer?

Nein. Es gibt nicht weniger Skifahrer. Selbst in der Schweiz nicht. Aber ein Skifahrer ist heute weniger Tage im Jahr in einem Skigebiet unterwegs als früher. Er kauft nicht mehr eine Wochenkarte, sondern fährt nur noch Ski, wenn das Wetter und die Pisten gut sind. Dazu kommt: Immer weniger Gäste machen zwei Wochen Winterferien.

Und ein zweites Problem: Winterferien sind für die meisten Familien in der Schweiz zu teuer. Skifahren wurde schrittweise zu einem Sport der Reichen. Wer etwas ändern will, braucht neue Lösungsansätze, statt immer mehr Subventionen auf Kosten der Sozialleistungen im Wallis.

Hat es zu wenig Betten im Wallis?

Natürlich nicht. Wir haben viel zu viele Betten. Nur sind diese schlecht besetzt. Kalte und eiskalte Betten sind die Kinder des Bautourismus.

Anstatt mit neuen Modellen die Zahl der kalten und eiskalten Betten zu reduzieren, subventionieren Gemeinden und Kanton in Resorts neue Überbauungen. Das heisst: Das Problem wird nicht gelöst, sondern verschärft.

Denn die ganze Infrastruktur muss für wenige Tage im Jahr ausgebaut werden. Das kostet den Staat und die Volkswirtschaft viel und bringt beiden verdammt wenig.

Ist der Zustand der Betten gut?

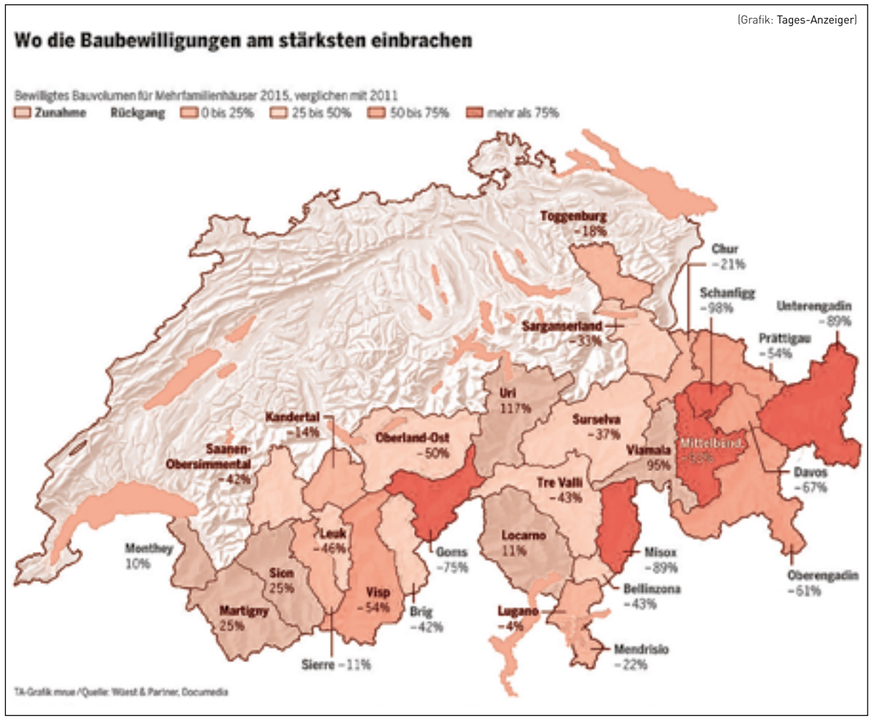
Mitnichten. Staatsrat Cina hat es leider verpasst, die Lex Weber innovativ umzusetzen. So wie dies seine Kritiker wiederholt vorgeschlagen haben:

- Wer neue Ferienwohnungen errichten will, muss alte Ferienwohnungen abbrechen. Oder diese in Angestelltenwohnungen umwandeln.
- Neu erstellte Ferienwohnungen müssen energetisch dem Plus-Energie-Standard entsprechen.
- Alle Ferienwohnungsbesitzer müssen übertragbare Generalabos für die Bergbahnen übernehmen. Im Gegenzug werden die Besitzer die neuen Eigentümer der Bergbahnen. Sie entscheiden, wie viel sie investieren wollen. Die Gemeinden müssen nicht weiter bluten.

In jungen Jahren war Cina – wie die Rote Anneliese damals aufdeckte – innovativer.* Er verkaufte mit Erfolg Panama-Briefkastenfirmen. Nur bringt dies dem Oberwalliser Baugewerbe keine Arbeitsplätze. ■

** Siehe dazu RA Nr. 212 Seite 6.*

[Grafik: Tages-Anzeiger]



Diese Grafik zeigt, wie die Baubewilligungen 2015 im Vergleich zu 2011 zurückgingen. Das Goms war mit minus 75 Prozent im schweizerischen Alpenraum die am viertstärksten betroffene Region.

(Bild: RRO)

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte: Arme verschränkt und alles saulustig – so posieren die vier Oberwalliser Parlamentarier (v.r.) Beat Rieder, Viola Amherd, Franz Ruppen und Roberto Schmidt vor dem Bundeshaus in Bern.

Vier Oberwalliser Parlamentarier:

Unsere Flip-Flopper in Bundesbern

Bern | Seit fünf Monaten sitzen mit Beat Rieder, Viola Amherd, Franz Ruppen und Roberto Schmidt vier Oberwalliser Bürgerliche im Bundesparlament. Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Fazit: Das Quartett produziert in Bern heisse Luft um Nichts – und verschläft stattdessen alle wichtigen Fragen des Wallis.

Leon Roth

Flop 1: Der Rarner Wolf

In Raron wurde ein toter Wolf gefunden. Er hatte zu viel Blei abbekommen. Keine Region weltweit beschäftigt sich mehr mit dem Wolf als das Wallis. Trotzdem wurde die Öffentlichkeit über den Fall minderer Wilderei in Raron nicht informiert. Stattdessen schickte man den Wolf zur Untersuchung nach Bern. Der Grund des Versteckspiels: Ständerat Rieder wollte in Sachen ganzjähriger Jagd auf den Wolf im Ständerat punkten. Das ging trotz erfolgreicher Geheimhaltung daneben. Der nach vier Jahren retrogefittete Leuker Nationalrat Schmidt vermutete, dass es sich beim Wolf um einen Hybrid handelt, um einen Mischling also. Alles Kabis. Der Name des in Bern einwandfrei identifizierten Wolfes: M 63. Ende des Krimis.

Es braucht in Sachen Wolf endlich etwas Innovation. Unser Vorschlag: Jeder Wolf bekommt einen Chip. Der Bund bezahlt pro Wolf und Nacht den Bauern der Region, in der sich ein Wolf aufhält, eine Kurtaxe von 100 Franken. Die Bauern würden den Wolf vor den Jägern schützen. Und jeden Abend am PC verfolgen, wie viele Fünfliber am nächsten Tag in der Kasse klingeln.

Flop 2: Das Kopftuch-Verbot

Lange waren im Wallis sowohl der Wolf wie auch das Kopftuch zuhause. Zuerst wurde der Wolf erfolgreich ausgerottet. Jetzt will die SVP auch das Kopftuch verbieten. Viele ältere Walliserinnen, etwa in Visperterminen und im Saas, haben deswegen schlaflose Nächte. Dürfen sie nächstens wegen Franz Ruppen kein Kopftuch mehr tragen? Und auch die wenigen noch verbliebenen Ursulinen in Sitten und Brig stellen sich die gleiche Frage.

Entwarnung aus Herrliberg: Christoph Blocher ist gegen ein Kopftuch-Verbot. Warnung aus Naters: Franz Ruppen macht trotzdem weiter.

Flop 3: Freihändiges Astra

Wer als ParlamentarierIn von Brig nach Bern fährt, kommt in Thun vorbei. Von Thun aus leitet und kontrolliert das Astra die Bauarbeiten am Simplon. Seit das so ist, kommen am Simplon faktisch nur mehr Berner und Thuner Unternehmer zum Handkuss. Die eidgenössische Finanzkontrolle kritisierte 2014, dass das Astra zu viele Aufträge freihändig – das heisst ohne Ausschreibung – vergeben würde. Das Astra macht freihändig weiter wie bisher.

Weil unsere ParlamentarierInnen weiter mit Kopftuch und Wölfen beschäftigt sind, interessiert sie das nicht.

Flop 4: Vosen Vind

Kein Parlamentarier hat dem Wallis mehr geschadet als Ex-CVP-Ständerat Rolf Escher. Er hat verhindert, dass das Stromnetz der Swissgrid in das Eigentum von Bund und Kantonen überging. Obwohl dies sein Appenzeller Parteikollege Carlo Schmid so wollte. Deshalb ist Swissgrid heute ein Spielball der Spekulanten. Auch weil Preisüberwacher Rudolf Strahm den Swissgrid-Eigentümern viel zu hohe Zinsrenditen zugestand.

In Zukunft wird der Strom über grosse und mittlere Distanzen mittels erdverlegten Gleichstromleitungen transportiert. Dies von Norden nach Süden und umgekehrt.

Die Walliser Politik macht zwei Fehler gleichzeitig: Sie setzt zusammen mit der Swissgrid auf Wechselstrom und auf eine West-Ost-Leitung. Beides werden wir landschaftlich und wirtschaftlich teuer bezahlen.

Flop 5: Danet statt G5

Die älteren Leserinnen und Leser der Roten Anneliese mögen sich erinnern. Zu Beginn des digitalen Zeitalters wurden zuhinterst im Lötschental IBM-Lochkarten manuell bearbeitet. Und mit diesen Lochkarten fütterten die damaligen IT-Spezialisten die IBM-Rechner in Zürich. 2018 finden in Korea olympische Spiele statt. Bis 2018 will Südkorea das ganze Land mit einem leistungsfähigen G5-Netz versorgen. Europa und vorab die Schweiz hinken den technischen Möglichkeiten hinten nach. Viola Amherd und Co. wollen dem Oberwallis unbeirrt im Schneckentempo ein viel zu teures Danet aufdrücken. Dabei wäre ein flächendeckendes G5-Netz mit gleichen Tarifen für alle gerade für die Randregionen von alles entscheidender Bedeutung. Stattdessen dümpelt Viola Amherd mit ihrer parastaatlichen Danet hinten nach.

Leider sind unsere Staats-, Stände- und Nationalräte digitale Analphabeten. Sie haben bisher nicht begriffen, dass die zeitnahe Versorgung aller Regionen der Schweiz in den nächsten Grundversorgungsauftrag der Swisscom gehört. Weil ohne G5-Netz in den Alpen das Internet der Dinge und das autonome Fahren weitgehend ohne uns stattfinden werden.

Flop 6: Weiterhin für Atomkraft

Die Kilowattstunde Strom kostet zurzeit auf dem freien Markt 2,5 Rappen. Der Strom aus Atomkraftwerken ist viel teurer. Obwohl diese zu wenig Rückstellungen für die Entsorgung gemacht haben. Ökonomisch wäre es mehr als sinnvoll, diese sofort stillzulegen. Dies würde auch der Wasserkraft mittelfristig etwas helfen. Damit sich künftig die Preise irgendwo zwischen 3,5 und 4,5 Rappen einpendeln. So viel wie die nicht subventionierte Kilowattstunde Windstrom in guten Lagen kostet. Langsam aber sicher realisieren die Terrorbekämpfer, dass Atomkraftwerke die Atombomben im eigenen Land sind.

Eigentlich müssten unsere Parlamentarier in Bern die Gunst der Stunde nutzen. Leider gibt es von allen vier bisher nicht einen vernünftigen Vorstoss zu diesem Thema. ■

Teurer Steinschlagschutz:

Zwei Steine pro Camion – aus Italien

Naters | Um die Gemeindefinanzen von Naters war es auch schon einmal besser bestellt. Das hindert die Gemeinde aber nicht daran, mit Unterstützung von Bund und Kanton für mehrere Millionen Franken einen überdimensionierten Steinschlagschutzdamm zu bauen.

Martin Germann

Gut geschützt im «Bildji»: Ein Teilabschnitt des 90 Meter langen Steinschlagschutzdamms.

Ein wenig oberhalb von Naters, im «Bildji», stehen sie: Zwei schmucke Häuser mit Aussicht auf die beiden Talgemeinden Brig-Glis und Naters. Dumm nur, dass die beiden Häuser, wie auch noch so manches weitere auf dem Gemeindegebiet von Naters, ein Schutzdefizit vor Stein- und Blockschlag aufwiesen. Die Gemeinde Naters war entsprechend gesetzlich verpflichtet zu handeln. Wie sie dies jedoch tat, wirft Fragen auf. So wurde im Gebiet «Bildji» ein Steinschlagschutzdamm von 90 Meter Länge und 4 Meter Höhe errichtet. Reichten in anderen Fällen Steinschlagnetze, musste also in diesem Fall ein 90 Meter langer Damm her. Die Gemeinde begründet dies damit, dass Dämme eine höhere Sicherheit bringen würden.

Die Kosten für das gesamte Bauprojekt sollten gemäss dem Kostenvoranschlag 2,23 Millionen Franken betragen (INFO Gemeinde Naters vom Dezember 2014). Alleine bei der Teilmassnahme im «Bildji» rechnete man mit Kosten in der Höhe von über 700'000 Franken. Dass dieser Kostenvoranschlag gelinde gesagt ziemlich optimistisch war, zeigte sich jedoch bereits im September 2015. Wie das Onlineportal 1815.ch berichtete, rechnete man zu diesem Zeitpunkt bereits mit Gesamtkosten von über drei Millionen Franken. Bund und Kanton beteiligen sich dabei an rund 82 Prozent der anfallenden Kosten.

Bumann Reinhold GmbH erhielt Auftrag

Pikant ist indes, wer für die Planung der entsprechenden baulichen Massnahmen verantwortlich war. Es war dies niemand geringerer als das Ingenieurbüro Bumann Reinhold GmbH. Der Inhaber Reinhold Bumann ist Besitzer von einem der beiden angesprochenen Häuser, sein Ingenieurbüro hat seinen Sitz direkt unter dem Steinschlagschutzdamm «Bildji». Bumann bekam von der Gemeinde Naters also den Auftrag, seinen «eigenen» Steinschlagschutzdamm selber zu planen. Es ist fraglich, ob bei dieser Art der Auftragsvergabe nicht auch noch ein Schuss Vitamin B im Spiel war.

Damit jedoch nicht genug. Wer sich die enorme Baustelle im oberen Ortsteil von Naters ansieht, dem werden die Unmenge von Steinen schnell ins Auge springen. Die Herkunft der Steine sollte jedoch zu denken geben. Laut dem zuständigen Gemeinderat Philipp Matthias Bregy stammt die Mehrzahl der Steine hauptsächlich aus dem Abtrag vor Ort. Fehlende Steine würden direkt vom Unternehmer geliefert. Ob und wie viele zusätzliche Steine notwendig waren und woher diese stammen, könne erst nach der Erstellung des definitiven Ausmasses des Dammes gesagt werden.

Eine Aussage, die so ziemlich alle Fragen offen lässt. Da scheinen einige Natischer besser über das Projekt informiert zu sein. Anwohner berichten von einem massiven Lastwagenverkehr während den Bautätigkeiten im vergangenen Herbst. Tagtäglich fuhren mehrere Lastwägen mit italienischen Kennzeichen auf der Baustelle vor. Geladen hatten sie jeweils zwei Steinbrocken, pro Lastwagen versteht sich. Vermutlich wurden die Steine via Simplonpass aus Norditalien importiert. Damit wäre ein weiteres Kapitel in der Geschichte rund um den überbordenden Lastwagenverkehr über den Simplon geschrieben.

Dass Schutz vor Steinschlag notwendig und sinnvoll ist, zweifelt wohl niemand an. Die Art und Weise jedoch, wie dieses Bauprojekt bisher realisiert wurde und die überbordenden Kosten werfen viele offene Fragen auf. Fragen, welche bis jetzt nur unzureichend beantwortet wurden. ■

Verharmlosen und verwedeln: Generalstaatsanwalt Nicolas Dubuis im Jahresbericht 2015 zur Situation bei der Staatsanwaltschaft Oberwallis.

Generalstaatsanwalt Dubuis zum Fall Rinaldo Arnold:

Ein Persilschein sieht anders aus

Visp | Gerade mal 148 Wörter hat Generalstaatsanwalt Nicolas Dubuis im druckfrischen Jahresbericht 2015 an den Grossen Rat für den Fall Rinaldo Arnold übrig. Und trotzdem: Was da bei allen Auslassungen, Beschönigungen und Verharmlosungen in und zwischen den Zeilen steht, ist mehr, als man vom Sauhäfeli-Saudeckeli-Verein erwarten konnte.

Dubuis gibt zu, was die Rote Anneliese in der März-Ausgabe enthüllte: «Zur Verbesserung der Funktionsweise» der Staatsanwaltschaft Oberwallis wurde der Arbeitsexperte und Sittener Ex-CVP-Grossrat Richard Meyer zum Audit nach Visp beordert. Und: Es wurden «Massnahmen zur Verbesserung des Arbeitsklimas getroffen».
Dass bewährte Sekretariatsmitarbeiterinnen im Zuge dieser Massnahmen auf skandalöse Weise entweder rausgeekelt oder entlassen wurden, unterschlägt der Generalstaatsanwalt geflissentlich. Im Bericht liest sich das geradezu harmlos so: «Es wurden Sekretärinnen ersetzt und eine neue Zuteilung des Kanzleipersonals wurde vorgenommen.» Kein Wort des Bedauerns zu den rüden Rauswürfen, kein Satz zum niederträchtigen Mobbing der Mitarbeiterinnen.
Am Ende bekommt Oberstaatsanwalt Arnold dann noch etwas Fett ab. Nicolas Dubuis: «2015 konnten Verbesserungen festgestellt werden, sie müssen allerdings noch verfestigt und verfeinert werden, um dauerhafte Verbesserungen zu erbringen.»
Ein Persilschein sieht anders aus. ■

Rinaldo Arnold ausser Rand und Band:

Wer bringt den Oberstaatsanwalt zur Räson?

Oberwallis | Nach dem Bericht in der März-Ausgabe der Roten Anneliese über die Machenschaften des Oberstaatsanwalts stellen sich viele die Frage: Ist Rinaldo Arnold in diesem Amt noch tragbar? Sein Chef Nicolas Dubuis hofft auf Verbesserungen, die noch «verfestigt und verfeinert» werden müssen. Ein neuer, absurder Anklagefall, von dem die Rote Anneliese Kenntnis erhielt, lässt zweifeln, ob dies jemals gelingt.

Beat Jost

Wie beschädigt man ein wichtiges öffentliches Amt mutwillig und nachhaltig? Mit sozialer Inkompetenz gegenüber den Untergebenen? Mit fachlichen Defiziten in der Sache? Mit selbstherrlichem und sturem Gebaren bis zum Gehtnichtmehr?
Ein unrühmlicher Meister dieser Dreikampf-Disziplin ist Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold, wie die Rote Anneliese berichtete. Das hindert allerdings Arnolds Vorgesetzten, Generalstaatsanwalt Nicolas Dubuis, nicht daran, in seinem Jahresbericht an den Grossen Rat die skandalösen Vorfälle und Vorgänge bei der Oberwalliser Staatsanwaltschaft zu verharmlosen und zu beschönigen (siehe den separaten Bericht in der nebenstehenden Box). Besonders unerträglich wird das Ganze, wenn untergebene Mitarbeiterinnen herabgewürdigt werden und den Preis für die Niedertracht zahlen müssen.

ROTE ANNELIESE | NR. 236 | MÄRZ 2016 5

Fertigmacher
Mobbing, fehlende Sozialkompetenz, Kasernenhofstil: Das sind noch die glimpflichsten Vorwürfe gegen den Oberstaatsanwalt Oberwallis.

Amtsmissbrauch
Einer Anklage gegen den Präsidenten des FC Visp haftet der Geruch des Amtsmissbrauchs und Interessenkollision an, denn der Oberstaatsanwalt ist auch Präsident des Rivalen FC Brig.

Kleinkifferjäger
Die kleinen Haschischkonsumenten hängen, die Grossen laufen lassen: Sogar der Walliser Bote empört sich über die «Willkürjustiz» des Oberstaatsanwalts.

Opferverfolgung
In Zermatt rutscht ein Snowboarder in eine Gondel und wird vom Oberstaatsanwalt angeklagt. Das Bezirksgericht spricht den Zürcher frei, doch Arnold geht damit ans Kantonsgericht – und verliert.

Bei der Staatsanwaltschaft Oberwallis herrscht Psychokrieg:

Ein Oberstaatsanwalt unter jeder Kanone

Harte Fakten: Bericht der Roten Anneliese in der Ausgabe März 2016 über die Machenschaften von Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold.

Fragwürdige Klagen – peinliche Freisprüche

Ernsthaft infrage gestellt ist jedoch auch die strafrechtliche Kompetenz des Oberstaatsanwalts. Jedenfalls hinterlässt er einen grossen Fussabdruck fragwürdiger Anklagen und Niederlagen vor Gericht – in Bagatellfällen! Erinnern wir uns kurz zurück:
Oberstaatsanwalt Arnold, selber Präsident des FC Brig, schleppt den Präsidenten des Rivalen FC Visp quasi amtsmissbräuchlich wegen des Einsatzes eines kroatischen 2.-Liga-Spielers vors Bezirksgericht, verliert dort – und verlängert die ausgewachsene Posse mit einer derzeit noch hängigen Berufung ans Kantonsgericht.
Einen Zürcher Snowboarder, der in Zermatt unglücklich stürzt, gegen eine Gondelbahnkabine knallt und sich dabei schwer verletzt, prügelt Arnold vier Jahre lange wegen Störung des öffentlichen Verkehrs durchs Bezirks- und Kantonsgericht – und kassiert zwei Mal einen Freispruch. Immerhin den Gang vors Bundesgericht hat er uns in diesem Fall erspart.

Mit der grossen Kanone ging Arnold auch auf zwei junge Zürcher los, die in Täsch mit ein paar Gramm Haschisch erwischt wurden: Statt es bei einer rechtskonformen Ordnungsbusse von 100 Franken zu belassen, drückte er kompromisslos Strafbefehle von je 600 Franken und 200 Franken Verfahrenskosten durch. Jetzt muss sich das überlastete Bezirksgericht mit der Kiffer-Bagatelle beschäftigen.

Arnold bleibt stur – und droht

Die Liste absurder Anklagen liesse sich locker um weitere Beispiele verlängern. Etwa mit dem Fall einer Oberwalliser Kleinkindererzieherin, die von Eltern wegen einer angeblichen Tätlichkeit beschuldigt und von der Oberwalliser Staatsanwalt flugs strafrechtlich verfolgt wurde. Dies ungeachtet der Tatsache, dass die Eltern, die Kleinkindererzieherin und die involvierte Kita den Streit schon vorher gütlich beilegten und sich in einer Vereinbarung auf den Rückzug der Anzeige einigten.
Oberstaatsanwalt Rinaldo Arnold war das piepegal. Gegen den Anwalt der Kleinkindererzieherin, der in einem Schreiben das Verhalten der Staatsanwaltschaft als «schwer nachvollziehbar» bemängelte, stiess er sogar offene Drohungen aus. Zitat aus einem Brief von Rinaldo Arnold: «Es gilt zu erwähnen, dass Sie sich in den letzten Monaten vermehrt ungebührlich gegenüber der Staatsanwaltschaft Amt Region Oberwallis geäussert haben, und wir uns vorbehalten, bei weiteren derartigen Schreiben die Aufsichtsbehörde über die Rechtsanwälte bezüglich Einleitung eines Disziplinarverfahrens zu informieren.»

Und das Ende der Geschichte? Richtig: Das Verfahren gegen die Kleinkindererzieherin endete vor dem Bezirksgericht mit einem blitzsauberen, längst rechtskräftigen Freispruch. Für die Kosten von 6'800 Franken – nebst den Löhnen der Staatsanwaltschaft – müssen die Walliser Steuerzahlenden aufkommen.

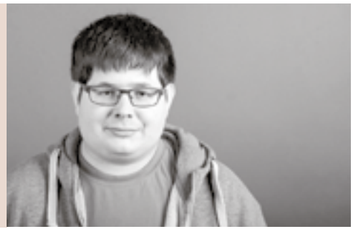
Die Frage stellt sich: Wie lange will der Grosse Rat den Oberwalliser Oberstaatsanwalt noch gewähren lassen? ■

Die 1.-Mai-RednerInnen Oberwallis

Sarah Heinzmann
JUSO Oberwallis

Sebastian Werlen
Sekretär SP Oberwallis

Simon Furrer
Unia Jugend Oberwallis



Bedingungsloses Grundeinkommen:

Die Zeit ist (noch) nicht reif – doch das Thema brennt schon

Schweiz | Am 5. Juni stimmt die Schweiz über die Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen ab. Die Zeit dafür sei noch nicht reif, schreibt Wirtschaftswissenschafter Werner Vontobel. Doch das Thema müsse auf den Tisch. Denn es brauche neue Strukturen, «welche die fatale Abhängigkeit von (schlecht) bezahlten Arbeiten verringern.»

Werner Vontobel

Renommierter Wirtschaftswissenschafter, Journalist und Publizist: **Werner Vontobel erklärt, warum die Zeit für ein nationales Grundeinkommen noch nicht reif ist.**

Das Hauptproblem aller Industriestaaten liegt darin, dass uns die bezahlte Arbeit ausgeht und dass der Sesseltanz um die verbleibenden Jobs immer groteskere Formen annimmt. Das gilt auch für die Schweiz: Was wir 2015 produziert und investiert haben, können 70 Prozent der Erwerbsbevölkerung mit einer 42-Stunden-Woche herstellen. Wenn der aktuelle Produktivitätsfortschritt anhält, reicht in 15 Jahren die Arbeit von 60 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Die Beschäftigung könnten wir nur konstant hoch halten, wenn wir den Konsum um 15 Prozent steigerten. Doch das geht schon aus ökologischen Gründen nicht. Würden wir nur so viel produzieren und konsumieren, wie die Umwelt zulässt, reichte rund ein Drittel der gegenwärtigen Erwerbsarbeit. Die Arbeit ist knapp und sie wird tendenziell immer knapper.

Dass wir trotzdem (noch) eine tiefe Arbeitslosenquote haben, hängt damit zusammen,

- dass wir die Ausgesteuerten nicht mitrechnen,
- dass wir einen Exportüberschuss von weit über 10 Prozent des BIP haben, und
- dass sich bei uns auch der Mittelstand sehr viel Luxus leisten kann – Restaurant, Kino, Wellnesstudio, Massage, Ferien, Schönheitschirurgie usw. Vor allem aber arbeiten viele nicht Vollzeit, sondern nur Teilzeit. Im Durchschnitt ergibt das ein Arbeitspensum von 80 Prozent

Genau hier lauert denn auch die erste und grösste Gefahr: Wenn auch der Mittelstand das Vertrauen in ein sicheres Arbeitseinkommen verliert, wird er seinen Konsum einschränken und sein Teilzeitpensum gegen ein 100-Prozent-Pensum tauschen wollen. Dann wird der Sesseltanz um die Arbeit zum Höllenritt.

Nachteil des heutigen Sozialstaats

Ein Grundeinkommen kann diese Ängste besänftigen. Unser Sozialstaat will das auch – und erst noch effizienter. Seine Eingriffe sind gezielt, nicht bedingungslos. Doch er hat einen Nachteil, der ihn für die real existierende Arbeitswelt zunehmend ungeeignet macht. Seine Leistungen sind an den Arbeitsmarkt gekoppelt: Die Rente hängt vom Arbeitseinkommen ab. Das Arbeitslosengeld auch. Zudem ist es mit einem immer unsanfteren Zwang zur Arbeitsaufnahme verbunden. Und das wiederum beschleunigt den Sesseltanz um die bezahlte Arbeit, drückt die Löhne und verschärft die Ungleichheit.

In Deutschland, wo einst Bismarck den Sozialstaat erfunden hat, geht demnächst die erste Generation der prekär Beschäftigten und Niedriglöhner in Pension. Weil sich viele von ihrem Lohn noch nicht einmal eine Rente von 700 Euro ersparen konnten, fordert die SPD jetzt eine «Lebensleistungsrente», beziehungsweise eine Aufstockung auf ein sehr knapp bemessenes Existenzminimum. Das Problem liegt darin, dass der Arbeitsmarkt heute ganz anders und viel weniger fair funktioniert, als sich die Gründerväter des Sozialstaats das vorgestellt hatten. Sonst hätten sie den Sozialstaat nicht auf das wacklige Fundament des Arbeitsmarktes gestellt.

In der Schweiz funktionieren der Arbeitsmarkt und damit auch der Sozialstaat zwar noch besser. Aber wir leben nicht auf einer Insel und müssen gegen das gewappnet sein, was uns der Konkurrenzkampf von aussen aufdrängt.

Zweifel an rückgängiger Erwerbsarbeit

Doch geht die bezahlte Arbeit wirklich zurück? Gegen diese These werden üblicherweise zwei Argumente vorgebracht.

Zum einen wird behauptet, dass die Arbeit trotz allen Unkenrufen und trotz neuen Technologien noch immer zugenommen habe. Die Statistik weiss es besser: Seit 1980 sind die Arbeitszeiten pro Beschäftigten in Deutschland, Frankreich und in der Schweiz um 22, 18 und 12 Prozent geschrumpft. Es gab zwar konjunkturelle Schwankungen, aber der Trend ist eindeutig.

Das zweite Argument wiegt schwerer. Danach sollen die steigenden Gesundheits- und Pflegeaufwendungen für zusätzliche Beschäftigung sorgen.

Unbezahlte Arbeit aufwerten

Mag sein, doch wer sagt denn, dass die Alten und Kranken nicht (auch) von ihren Kindern, Enkeln und Nachbarn gepflegt werden können? Produktive Leistungen werden in unserer Gesellschaft nicht nur gegen bezahlte Arbeit erbracht. Und unsere Gesellschaft kennt nicht nur finanzielle, sondern auch soziale Verpflichtungen. Doch wenn wir diese Gesellschaft einseitig entlang den finanziellen Verpflichtungen und der bezahlten Arbeit organisieren, verdrängen wir die freiwillige Arbeit und entwerten die sozialen Verpflichtungen. Wer täglich sechs «zumutbare» Stunden Arbeitsweg auf sich nehmen muss, um acht schlecht bezahlte Arbeitsstunden zu leisten, kann weder Kinder aufziehen noch seine Eltern pflegen, und wenn er selbst zum Pflegefall wird, muss der Staat die Zeche zahlen.

Sozialethiker fordert obligatorischen Sozialdienst

Die Neuaufteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit, sowie der Interessensausgleich zwischen Arbeit und Kapital sind zwei entscheidende Zukunftsthemen. Ein Grundeinkommen kann dazu einen Beitrag leisten und für den nötigen «New Deal» zwischen Arbeit und Kapital sorgen. Ob es allerdings diesen Zweck erfüllt, wenn es «existenzsichernd» und «bedingungslos» sein soll, ist eine andere Frage.

Vielleicht müssen wir andere Formen suchen. Der emeritierte Professor für Sozialethik, Hans Ruh, schlägt für die Schweiz ein arbeitsunabhängiges Grundeinkommen von monatlich 1500 Franken vor, «das einerseits für eine breite Schicht von Menschen eine spürbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bringt, das aber anderseits den Anreiz für die Übernahme der eigenen Verantwortung, sprich: den Anreiz für das Erbringen von eigenen Leistungen, nicht schwächt.» Ergänzend dazu will Ruh einen für alle offenen obligatorischen Sozialdienst einrichten. Auf diese Weise könnte man fliessende Übergänge zwischen der bezahlten und der unbezahlten Arbeit ermöglichen. Das Stichwort dazu heisst «Nachbarschaften entwickeln». Wie das konkret umgesetzt und auf die ganze Schweiz ausgedehnt werden könnte, kann man in einer gleichnamigen Broschüre der Nichtregierungsorganisation «Neustart Schweiz» (www.neustartschweiz.ch) nachlesen. Die Ideen von Hans E. Widmer und seinen Mitstreitern haben den Vorteil, dass man sie sofort lokal anwenden kann, ohne erst ein ganzes Land in ein Abenteuer mit ungewissem Ausgang zu stürzen. Die Zeit für ein nationales Grundeinkommen ist noch nicht reif. Aber wir müssen heute schon Strukturen vorbereiten, welche die fatale Abhängigkeit von (schlecht) bezahlten Arbeiten verringern. ■

Dieser Artikel ist erstmals auf der unabhängigen Online-Plattform Infosperber erschienen: **www.infosperber.ch**

1. Mai – Tag der Arbeit

1.-Mai-Gespräch mit Gewerkschafter und Arbeitgeber Reinhard Jossen:

«Ich habe nur eine Antwort: Solidarität und gerechte Verteilung!»

Wallis | Arbeitgeber und Gewerkschafter, Malermeister und Linksaktivist: Mehr als vierzig Jahre lang lebte und arbeitete Reinhard Jossen im Spannungsfeld von Arbeit und Kapital. Vor kurzem ist er in Pension gegangen. Für die Rote Anneliese die Gelegenheit, mit ihm zum 1. Mai ein Gespräch über Arbeit, Unternehmer, Solidarität, den 68er-Aufbruch und Widersprüche zu führen.

Beat Jost

Reinhard Jossen, wenn du am diesjährigen 1. Mai eine Rede halten könntest, was wäre deine erste Forderung zum Tag der Arbeit?

Reinhard Jossen: Ganz klar eine massive Reduktion der Arbeitszeit. Die Gewerkschaften haben diese Forderung leider seit vielen Jahren ausgeblendet. Wir haben jedoch einen gigantischen Produktivitätssprung hinter uns und noch einen solchen vor uns. Die Arbeit wird, wo immer möglich, abgeschafft.

In der Industrie, aber doch nicht im Gewerbe?

Auf dem Bau ist eine tiefgreifende Rationalisierung im Gange. Gewisse Arbeiten verschwinden. Auch im Ausbaugewerbe kommen immer mehr industriell vor- und fertigproduzierte Elemente zum Einsatz. Wir Maler und Gipser beispielsweise streichen heute am Neubau nur noch Wände und Decken, aber keine Türen, Schränke und Fenster mehr. Viele Einfamilienhäuser werden in der Fabrik hergestellt und dann vor Ort in kurzer Zeit montiert. Da stellt sich zwangsläufig die Frage, wie verteilen wir die noch vorhandene Arbeit besser, damit alle arbeiten können, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Es muss in unser Bewusstsein zurückkehren, dass wir arbeiten, um schön zu leben – und nicht leben, um unter Zwang und Angst zu arbeiten.

«Die Arbeitenden müssen ihren Stolz wieder zurückerkämpfen»

Da könntest du ja gleich deine 1.-Mai-Reden als Vertreter des KO von 1974, 1976 und 1977 wieder zur Hand nehmen. Da ging's ja um die 40 Stunden-Woche, die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Mitbestbestimmung in den Betrieben.

Ja richtig, die Reden könnte ich heute alle wieder halten. So wenig hat sich in diesen zentralen Fragen seither bewegt.

Woran liegt's?

Am neoliberalen Dauerbeschuss seit nahezu 40 Jahren. Den Arbeitenden wurden ihr Selbstbewusstsein und ihr Stolz genommen. Dieses Selbstbewusstsein und diesen Stolz müssen sich die Arbeitenden wieder zurückerkämpfen und auch in ihren Gewerkschaften zum Tragen bringen, statt sich funktionärsherrlich bevormunden zu lassen. Es ist das einzige Mittel gegen die Ohnmacht gegenüber dem Mythos Markt – der unsichtbaren Hand – der aber real Namen und Adressen hat, hinter denen sich knallharte Interessen verbergen.

Du selber bewegst dich seit vielen Jahren im Spannungsfeld zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Was überwog: Malermeister oder Gewerkschaftsmitglied?

Weder noch. Das Einzige, das ich versucht habe, war, ein anständiger Mensch zu sein. Meine persönliche Freiheit, etwas zu tun oder zu lassen, wann immer ich das wollte, war und ist ein Ideal und ein entscheidendes Motiv für meine Selbständigkeit. Dabei habe ich immer vor Augen gehabt, dass die Grenzen meiner Freiheit die Freiheit der Anderen ist. Selbstverständlich musste ich als Unternehmer auch Dinge entscheiden, die mir als überzeugtem Gewerkschaftsmitglied gegen den Strich gingen. Übrigens kann ich die Begriffe Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht ausstehen. Sie verschleiern die wahren Verhältnisse.

Du hast also gelernt, im Widerspruch zu leben?

Der Widerspruch ist der Motor der Veränderung. Man muss ihn sehen, akzeptieren und die richtigen Schlüsse ziehen. Gesellschaftliche Widersprüche kann man auch nur in der Gesellschaft gemeinsam angehen und lösen. Politisches und gewerkschaftliches Engagement ist ein Weg dahin.

Was ist denn wichtiger: Das Kapital oder die Arbeit?

Die Frage ist falsch gestellt. Das Kapital ist ein System, das es ohne Lohnbezüger gar nicht geben würde. Umgekehrt gibt es die Arbeit ohne Kapital, weil sie für den Einzelnen und gesellschaftlich mehr oder weniger notwendig ist. Wir würden auch auf den Baum klettern, um die Banane zu pflücken, wenn kein Unternehmer mit der Lohntüte winkt.

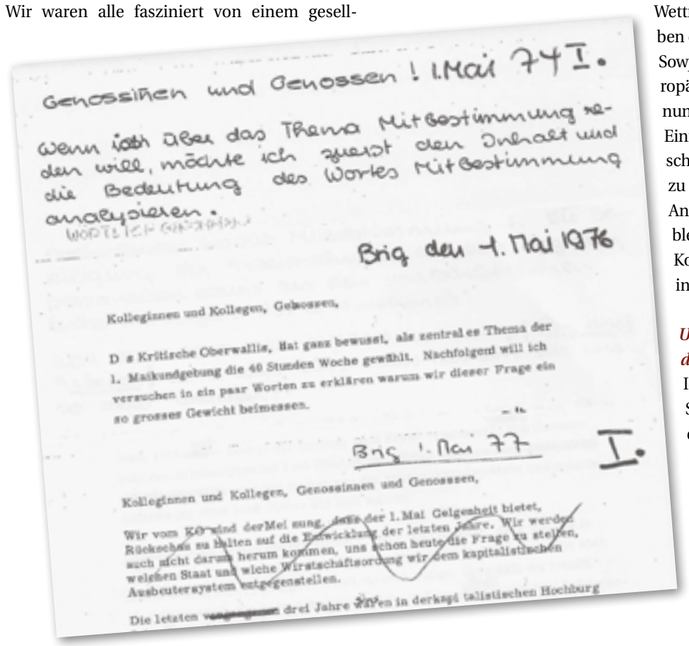
Politisiert wurdest du in den 1970er-Jahren im linken Kritischen Oberwallis (KO). Wie kamst du als Birgischer Arbeiterbauernsohn und Malerlehrling überhaupt dazu?

Es war damals die aufregende Zeit des gesellschaftlichen Aufbruchs der 68er-Bewegung und zeitgleich der Niedergang des ökonomischen Nachkriegsbooms. Ich kam damals in der Gewerbeschule und im Tea-Room City in Brig mit ähnlich denkenden Lehrlingen, mit kritischen Schülern und Studenten in Kontakt und fand den Weg in die gesellschaftliche und politische Opposition. Es war ein kultureller Bruch mit allem, was vermeintlich heilig war: Mit der Autorität von Eltern, Lehrern und Lehrmeistern, der Religion, mit der Politik der herrschenden Konservativen, mit dem gängigen Aussehen von der Krawatte bis zum Haarschnitt. Wir haben ganz intensiv nach neuen Perspektiven gesucht.

«Wir waren damals alle fasziniert von einem gesellschaftlichen Projekt»

Was war denn anders, besser als heute? Hatten die Linken damals mehr Pep?

Wir waren alle fasziniert von einem gesellschaftlichen Projekt. Es war uns klar, dass der Kapitalismus die Leute an die Wand fährt. Wir wurden getragen von der Vision, die Dinge in Richtung Sozialismus bewegen zu können. Die Jungen haben es heute viel schwieriger, eine Orientierung zu finden. Arbeitslosigkeit in grossen Teilen von Europa und eine diffuse Angst vor der Zukunft lähmen bei der Jugend den eigenen Drang zur Veränderung. Unsere Idee von damals ist diskreditiert. Krieg, Diktatoren, Wettrüsten und Korruption haben die einst hehre Utopie der Sowjetunion zerstört. Die europäische Sozialdemokratie ist nun der Schrittmacher bei der Einführung neoliberaler Wirtschaftsprinzipien. Das führt zu breiter Desillusionierung, Angst und Resignation. Was bleibt, ist die Flucht in den Konsum. Doch auch der ist infrage gestellt.



Genossinen und Genossen ! 1.Mai 74 I.

Wenn ich über das Thema Mitbestimmung reden will, möchte ich zuerst den Inhalt und die Bedeutung des Wortes Mitbestimmung analysieren.

Brig den 1. Mai 1976

Kolleginnen und Kollegen, Genossen,

D s Kritische Oberwallis, hat ganz bewusst, als zentrales Thema der 1. Maikundgebung die 40 Stunden Woche gewählt. Nachfolgend will ich versuchen in ein paar Worten zu erklären warum wir dieser Frage ein so grosses Gewicht beimessen.

Brig 1. Mai 77 I.

Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen,

Wir vom KO sind der Meinung, dass der 1. Mai Gelegenheit bietet, Rückschau zu halten auf die Entwicklung der letzten Jahre. Wir werden auch nicht darum herum kommen, uns schon heute die Frage zu stellen, welchen Staat und welche Wirtschaftsordnung wir dem kapitalistischen Ausbeutersystem entgegenstellen.

Die letzten drei Jahre waren in derkapitalistischen Hochburg

Reinhard Jossen: Linksaktivist, Gewerkschafter und Malermeister.

Und was ist die Alternative dazu?

Ich habe nur eine Antwort: Solidarität, Ausgleich und eine gerechte, das heisst den Bedürfnissen entsprechende Verteilung unserer gigantischen Warenproduktion. Wir müssten durchsetzen, dass es für alle genug gibt und alle genug haben. Dabei sind die Voraussetzungen günstig wie noch nie. Die elektronische Revolution frisst die Lohnarbeitsplätze in einem Ausmass weg, wie wir uns das in den 1970er-Jahren nur in den kühnsten Träumen vorzustellen wagten. Sich selbst reparierende Maschinen produzieren Waren für Arbeitslose.

Sind die Jungen heute dafür noch zu haben?

Ja sicher, sie werden nicht darum herum kommen. Es ist die Jugend, die in Spanien, Italien und Frankreich sich gegen die Perspektivlosigkeit wehrt. Der Norden wird nachziehen. Ich sehe, wie die Gewerkschaft Unia gerade in der Jugendarbeit eine sehr gute Rolle spielt. Da schwingt einiges mit, was bei uns damals in der Lehrlingsgruppe des KO wichtig war, beispielsweise in Bezug auf die Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Wir forderten damals sogar mehr Schule. Dann müsste die Berufsbildung und die Berufsbildungspolitik wieder ins Zentrum linker Politik gerückt werden. Oder wie gehen wir mit den Belangen des Gesundheitsschutzes, den Materialien und ihrer Ästhetik und den neuen Techniken um. Ich bin seinerzeit dank der damaligen Gewerkschaft Bau und Holz, einer Vorläufergewerkschaft der Unia, beispielsweise für das Thema Baubiologie sensibilisiert worden. In den politischen Zirkeln der damals sogenannten revolutionären Linken in den Städten bin ich beispielsweise auf die Theorien und ästhetischen Konzepte der Moderne oder die Ideale des Bauhauses aufmerksam geworden.

«Die hochbezahlten Arbeitgeber-Bürokraten leben in einer anderen Welt».

Bis jetzt haben wir vor allem von den Linken und Gewerkschaften gesprochen und nicht von den Arbeitgeberverbänden. Du hast ihre Politik beispielsweise im Abstimmungskampf zur «Anti-Abzocker-Initiative» öffentlich im WORK als «blödsinnig» bezeichnet.

Ja, das ist so. Konkret meinte ich damals den Schweizerischen Gewerbeverband. Fairerweise muss ich sagen, dass im kantonalen Handwerkerband, auch in der Sektion Maler und Gipser, praktisch wertvolle Arbeit geleistet wird, beispielsweise im Bereich der Sozialversicherungsabrechnungen. Aber auf den Ebenen der Verwaltung und der Politik leben die hochbezahlten Bürokraten, die von kleinen Gewerbetreibenden bezahlt werden, in einer anderen Welt. Dann kommt hinzu, dass die Unternehmerverbände im lokalen Gewerbe immer mehr an Einfluss verlieren. Viele wichtige Akteure auf dem Markt sind nicht mehr aktive Mitglieder des Handwerkerverbandes. Sie agieren schlank, effizient und sexy. Gesellschaftliche Zusammenhänge kümmern sie keinen Deut mehr. Diese Haltung wird von der neoliberalen Arbeitgeber-Bürokratie in den Verbandsspitzen mitgetragen. Früher war es noch so, dass die Patrons und ihre Institutionen wussten, dass es anständige Löhne und Arbeitsbedingungen braucht, um die Kaufkraft in einer Gesellschaft zu erhalten. ➜

Zur Person

Reinhard Jossen (62) ist als Sohn einer Arbeiterbauernfamilie mit 7 Geschwistern in Birgisch aufgewachsen. Bereits als Malerlehrling war er politisch und gewerkschaftlich aktiv, unter anderem als Gründungsmitglied des Kritischen Oberwallis (KO) und als Präsident in der Jugendorganisation der Christlichen Holz- und Bauarbeitergewerkschaft (CHB). Bis in die 1980er-Jahre war er auch mehrmals als Kandidat für das KO bei kantonalen und eidgenössischen Wahl unterwegs. Er ist Mitglied der SP Oberwallis und seit 37 Jahren Mitglied der Gewerkschaft Unia (ehemals GBH und GBI). 1979 gründete er eine eigene Maler- und Gipserwerkstatt, zuerst als Einmann-Betrieb und später zeitweise mit bis zu 35 Mitarbeitern. 2001 wurde das Einzelunternehmen in die «Jossen/Walden farbe & gips ag» mit den beiden Teilhabern Christian Walden und Willy Jossen überführt. Nebenbei war er während 23 Jahren als Fachlehrer an der Berufsschule Brig tätig und bildete sich unter anderem in Baubiologie und am Col-Arch SMGV (Arbeiten am Denkmal) weiter. Er ist Mitglied im Theaterverein Bühne Mörel. Reinhard Jossen ist mit Daniela Zenklusen Jossen verheiratet, Vater von zwei erwachsenen Töchtern und lebt in Brig-Glis. ■

1. Mai – Tag der Arbeit

Und wieso wehren sich die Arbeitgeber nicht?
Erstens gibt's natürlich auch hier unterschiedliche materielle Fraktionen. Und zweitens haben sie häufig keine Zeit, sich darum kümmern. Wer einen kleinen Betrieb führt, muss in der Regel weit mehr als 100 Prozent arbeiten. Neben der Mitarbeit in der Werkstatt oder auf den Baustellen müssen Aufträge eingeholt, Offerten gemacht und Kunden beraten werden. Da bleibt wenig Zeit mehr für Verbandspolitik. Zudem beherrscht der Glaube an die unsichtbare Hand des Marktes Geist und Gemüt des Unternehmers bis hinunter zum kleinen Meister. Viele überwinden diesen Fatalismus auch dann nicht, wenn das Konkursamt nach der zweiten Firmengründung vorbeischaut.

Theater als Form der politischen Auseinandersetzung: Reinhard Jossen (3. v.l.) im Stück «Kriegsfibel» von Bertolt Brecht der Bühne Mörel 2005.

Dauert es deshalb so lange, dass sich etwa die Frühpensionierung auch im Gewerbe durchsetzt, für die du dich schon vor zwölf Jahren stark gemacht hast?
Ich war immer dafür und profitiere jetzt selber davon. Man muss wissen, dass die Uhren auch in dieser Frage zwischen der SVP-lastigen Deutschschweiz und der Romandie etwas anders ticken. Tatsächlich ist der vorzeitige Altersrücktritt auch im Gewerbe richtig und nötig. Maler und Gipser leisten auf den Baustellen harte körperliche Arbeit. Zudem ist die Reduktion der Lebensarbeitszeit Teil einer sinnvollen Arbeitszeitverkürzung, wie ich sie eingangs gefordert habe. Jetzt muss man der Jugend Platz machen. Vielleicht werden in einer nicht mehr allzu fernen Zeit, viele so lange und so viel arbeiten wie sie Lust haben, ohne unter materiellem Zwang zu stehen.

Viele Gewerbetreibende klagen über sinkende Preise. Sind es aber nicht die Unternehmer selber, welche die Preise drücken und kaputt machen?
Es ist schon hirnverbrannt, was gelegentlich abläuft. Es herrscht ein harter Preiskampf mit ungleichen Spiessen. Zum einen haben wir etablierte, eher behäbige Betriebe mit Stammbelegschaften und entsprechend höheren Löhnen. Zum anderen drängen sogenannte dynamische Betriebe in den Markt, die mit den Mitteln von Lohndruck und Arbeitszeit auf Kosten ihrer Mitarbeiter operieren. Aber dies ist nicht etwas Aussergewöhnliches. Es ist die Logik des Marktes. Gerade in der Maler- und Gipserbranche, wo man mit vergleichsweise wenig Investitionen einen Betrieb gründen kann, wirkt sich der Preiskampf negativ aus.

Aber dagegen gibt es ja die Gesamtarbeitsverträge (GAV), die flankierenden Massnahmen und die Kontrollen der paritätischen Kommissionen?
Das ist alles gut und recht. Und trotzdem sind Lohndumping, Schwarzarbeit und GAV-Verstösse an der Tagesordnung. Die vielen Klagen in den paritätischen Kommissionen belegen es. Wenn Firmen aus Osteuropa in der Schweiz oder Firmen aus der Nord-Ostschweiz im Oberwallis billiger anbieten als Einheimische, ist doch die Faktenlage klar. Für diesen sozial unverantwortlichen Marktliberalismus unter dem Diktat der Welthandelsorganisation WTO sind Gewerkschaften und Sozialdemokratie mitverantwortlich. Eine Malerfirma wegen unerlaubtem Arbeiten einzuklagen, weil sie am Samstag im Einverständnis mit den Gesellen eine Fassade streicht, ist dagegen Verhältnisblödsinn. Nichts desto trotz ist es wichtig, dass Gewerkschaften und Unternehmen die vertraglich getroffenen Vereinbarungen durchsetzen.

«Die Ellböglerei macht die Kultur des Handwerks kaputt»

Heisst das, dass die Gewerkschaften mehr tun müssten?
Ja – und sie müssten vor allem auch mehr Mittel für diese Arbeit bekommen. Heute kommen Firmen aus der Ausserschweiz ins Wallis, um von Montag bis Freitag Fertighäuser zu montieren. Dass sie dabei ihre Leute jeden Tag bis tief in die Nacht hinein arbeiten lassen, bleibt meistens im Dunkeln.

Ist es aber nicht so, dass auch die öffentlichen Auftraggeber – Bund, Kanton, Gemeinden – den Preiskampf für sich nutzen?
Effektiv fährt sich die hochgetrimmte Wettbewerbswirtschaft an die Wand. Wir können nur Gegensteuer geben, wenn Arbeit und Aufträge wieder planbar werden und nicht einem ständigen Preisdruck ausgesetzt bleiben. Das gilt auch für das öffentliche Beschaffungswesen, das in verschiedener Hinsicht sehr fragwürdig ist. Für positive Kriterien wie die Zahl der Lehrlinge oder die Ganzjahresbeschäftigten gibt es bei der Auftragsvergabe einen geringen Bonus, den man sowieso nicht anwenden will. Und dann macht die ganze «Ellböglerei» auf Dauer auch noch die Kultur des Handwerks kaputt.

Das musst du uns aber erklären.
In der Realität ist es doch so, dass die Petrochemie über ein verzweigtes Netz der Farb- und Verputzhersteller alles diktiert. Ihre Vorgaben fliessen überall in die Devis der Ausschreibungen ein, da ihre Handelsvertreter immer mit einem Schuh in der Tür des Ausschreibers dabei sind. Als Handwerker ist man in dieser industriellen Gleichmacherei weitgehend gefangen. Wichtig wäre es für das Gewerbe, wieder die Materialhoheit zurückzugewinnen. Die Stärke kompetenter Gewerbebetriebe liegt ja darin, dass sie die Qualität, Ästhetik und Eigenschaften ihrer Rohstoffe und Materialien kennen und diese materialgerecht verarbeiten können.

«Streichen, am Arsch des Marktes vorbei. Das ist meine neue Freiheit.»

Das tönt aber jetzt nicht so, als werfe der Malermeister Jossen mit der Pension den Pinsel hin.
Meine Muster streichen, nur dem puren Empfinden folgend, und am Arsch des Marktes vorbei. Dies ist meine neu gewonnene Freiheit. Und ich verspüre Sehnsucht nach Neuem, nach der grossen Stadt, der Weite, anderen Horizonten.

Und auch nach den Brettern, die die Welt bedeuten?
Ja, das Theaterspielen bei der Bühne Mörel faszinierte mich. Ob ich auch weiterhin als Darsteller mitspielen will, weiss ich noch nicht. Zurzeit bereitet der Verein das Jubiläumsstück für 2017 vor. Peer Gynt von Ibsen. Ein spannender Prozess, an dem die Aktiven des Vereins und viele Interessierte teilnehmen. Es geht um Aussage, Interpretation und Aktualisierung des 1867 geschriebenen Stückes. Der Schriftsteller Rolf Hermann schreibt eine Neufassung im Dialekt im Dialog mit der künstlerischen Leitung, den Spielern und interessierten Teilnehmern. Auch dies ist eine spannende Form politischer Auseinandersetzung.

Wir danken Reinhard Jossen für das Gespräch. ■

Abstimmungen 5. Juni

Achtung Geisterfahrer in der Schweizer Verkehrspolitik:

Die Milchkuh-Initiative ist eine fertige Chalberei

Wallis | Die sogenannte Milchkuh-Initiative, über die wir am 5. Juni abstimmen, ist ein Frontalangriff auf das bewährte Schweizer Verkehrssystem und auf zahlreiche wichtige Leistungen der öffentlichen Hand. Davon betroffen wäre auch das Wallis.

Brigitte Wolf

Die Autolobby will uns weismachen, die Autofahrer seien die Milchkühe der Nation, und verlangt, dass die Einnahmen aus der Mineralölsteuer künftig vollumfänglich dem Strassenverkehr zugutekommen sollen. Dabei werden die selbsternannten Milchkühe heute nicht gemolken, sondern massiv subventioniert.

Fakten sind:
Die Hälfte der Einnahmen aus der Mineralölsteuer – rund 1,5 Milliarden Franken jährlich – fliesst zwar in den allgemeinen Bundeshaushalt, die Kosten für die durch den Strassenverkehr verursachten Umwelt- und Gesundheitskosten von 6,5 Milliarden Franken trägt aber die Allgemeinheit. Zudem werden die Kantons- und Gemeindestrassen mehrheitlich aus den allgemeinen Steuern finanziert. Kantone und Gemeinden geben dafür jährlich über 5 Milliarden Franken aus. Diesen Ausgaben stehen laut Strassenrechnung nur rund 2,3 Milliarden Franken an Einnahmen aus den kantonalen Motorfahrzeugsteuern gegenüber.

Einschneidende Kürzungen unvermeidbar
Was die Initianten geflissentlich verschweigen: Die 1,5 Milliarden würden in der Bundeskasse fehlen. Davon betroffen wären zum Beispiel die Bildung (minus 350 Millionen Franken), der öffentliche Verkehr (minus 250 Millionen Franken) und die Landwirtschaft (minus 200 Millionen Franken). Die Leidtragenden wären auch die Kantone, welche die Initiative deshalb geschlossen ablehnen. Sie könnten beispielsweise gezwungen sein, wenig rentable Bus- und Bahnlinien zu streichen. Dies wäre für einen Tourismuskanton wie das Wallis fatal, denn der öffentliche Verkehr funktioniert nur, wenn die Feinverteilung bis in die Seitentäler gewährleistet ist.

Ein Bumerang für die Autofahrer
Aufgrund der tiefen Benzinpreise wurde das Autofahren in den letzten Jahren immer billiger, während die Preise im öffentlichen Verkehr laufend stiegen. Eine Annahme der Initiative würde den öffentlichen Verkehr weiter verteuern, was zu einer unerwünschten Verlagerung des Verkehrs von der Schiene auf die Strasse führen würde. Es wäre mit noch mehr Staus zu rechnen, wodurch letztendlich ausgerechnet die Autofahrer unter den Folgen der Initiative zu leiden hätten. Auch der Bau von zusätzlichen Strassen würde keine Abhilfe bringen; denn es ist eine alte Weisheit: Mehr Strassen führen zu noch mehr Verkehr! ■

Asylgesetz: Auch links höchst umstritten

Wallis | Alle gegen die SVP, so scheint es wieder einmal. Doch wenn es um die Abstimmung vom 5. Juni rund um die Revision des Asylgesetzes geht, sind die Fronten nicht so klar, wie es den Anschein macht. Kritik am neuen Asylgesetz kommt auch von linker Seite.

Martin Germann

In einem sind sich alle einig: Die Asylverfahren dauern heute zu lang. Das neue Asylgesetz soll dem entgegenwirken. Ziel ist es, dass künftig eine Mehrheit der Fälle in sogenannten Bundesasylzentren behandelt wird. Das soll die Asylverfahren schneller, kostengünstiger und gerechter machen.

Aber genau beim letzten Punkt sind sich Befürworter und Gegner des neuen Gesetzes nicht einig: Bei der rechtsstaatlichen Korrektheit der Verfahren. Sowohl die SP wie auch die Grünen unterstützen das neue Gesetz und pochen darauf, dass dieses mehr Gerechtigkeit bringt. Mittels kostenloser Beratung und Rechtsvertretung seien die Verfahren weiterhin gerecht. Doch beide Parteien geben zu, dass die kürzeren Beschwerdefristen auch ein gewisses Risiko bergen.

Die Nachteile überwiegen
Dieses Risiko wollen die Demokratischen Juristinnen und Juristen Schweiz (DJS) nicht eingehen. Zwar hat der Verein bisher keine Abstimmungsparole gefasst. Die DJS-Geschäftsleiterin Melanie Aebli betont aber, dass eine Ja-Parole zum neuen Asylgesetz letztlich nicht konsequent wäre, da die Kritik am Gesetz fundamental sei. Sollte tatsächlich noch eine Abstimmungsparole gefasst werden, so werde man das Gesetz ablehnen.

Aebli betont weiter, dass es wichtig sei, dass die grossen Defizite des Gesetzes klar gesehen werden. Eine Beschleunigung der Verfahren sei durchaus erstrebenswert und im Interesse der Asylsuchenden selbst. Doch diese lasse sich auch anders, mit einem unabhängigen Rechtsschutz, erreichen. Insgesamt überwiegen für die Demokratischen JuristInnen Schweiz die Nachteile des neuen Asylgesetzes klar über die Vorteile.

Ein bürgerliches Gesetz
Man muss sich bewusst sein, dass das neue Asylgesetz alles andere als ein linkes Gesetzt ist. Mühsam wurde im bürgerlich dominierten Parlament darum gerungen. Die kostenlose Beratung und Rechtsvertretung mag eine sinnvolle Errungenschaft sein, doch macht sie die eklatanten Schwächen des Gesetzes kaum wett. Denn hinter dem ganzen Gesetz steht der Gedanke, dass Asylsuchende schneller ausgeschafft werden sollen.
Dass die SVP das Referendum ergriffen hat, macht das Gesetz deswegen nicht besser als es ist. Natürlich profitieren auch die Asylsuchenden selber von beschleunigten Verfahren, so können sie sich etwa schneller in die Arbeitswelt integrieren – ein Prozess der heute immer noch viel zu lange dauert. Die Frage ist nur, zu welchem Preis. Es ist eine Frage, die wir uns alle hinsichtlich des 5. Juni stellen müssen. ■

Walliser Geschichte(n)

Seilers Seilschaften Teil 1:

Der Aufstand der Gommer gegen das Furkabähnli

Brig | Ein Dreivierteljahrhundert stöhnte Brig unter dem ständig wachsenden Verkehrschaos auf dem Bahnhofplatz. Dieses Chaos trug einen Namen: Joseph Seiler, Mitinhaber der Seiler Hotels und einflussreicher Politiker. Eine historische Recherche über ein Paradebeispiel für Vetternwirtschaft und Filzokratie.

Frank Garbely

Hätte es an den Walliser Behörden gelegen, die Furkabahn wäre wohl nie gebaut worden.

Als im Sommer 1902 beim Bund das erste Konzessionsgesuch für den Bau einer Schmalspur für die Strecke Brig – Oberwald – Gletsch eingereicht wurde, erhob sich die Talschaft von Mörel bis Oberwald wie ein Mann, «Die wägsten und besten Bodenparzellen werden entwertet und vernichtet»[1], begehrten die Bauern im oberen Goms auf, und die Gemeindepräsidenten bliesen zum Halali.

Am 4. Dezember versammelten sich in Fiesch alle Lokalbehörden: 29 von 31 Gemeindepräsidenten, die Präfekten und sämtliche Grossräte der Bezirke Goms und östlich Raron, sogar die Bezirksrichter. Einstimmig beschlossen sie, dem Bundesrat zu schreiben, warum sie von einer Schmalspurbahn nichts wissen wollten. «Die Bevölkerung insgesamt ist überzeugt, dass eine Schmalspurbahn (…) dem Interesse des Landes nicht dienen, sondern dasselbe empfindlich schädigen würde».[2] Der Grosse Rat unterstützte diesen Gommer Protest. Und selbst der Walliser Staatsrat legte sich kräftig ins Zeug. Zwei Mal intervenierte er beim Bundesrat und nahm «prinzipiell gegen jede Konzessionierung einer Schmalspurbahn Stellung».

Doch der Bundesrat liess sich nicht beeindrucken. «Wollte man nur auf das Urteil der Kutscher und Wirte abstellen, dürfte man überhaupt keine Bahn mehr bauen»,[3] fand der Bundesrat und erteilte eine erste Konzession für den Bau einer elektrischen Schmalspurbahn.

Die Gommer waren jedoch nicht grundsätzlich gegen den Bau einer Bahn. Was ihnen nicht passte, das war die Schmalspurbahn. In der Tat, bereits gab es Pläne für eine Normalspurbahn. Allerdings nicht für die Strecke Brig – Gletsch, sondern für jene von Brig nach Airolo. Von Obergesteln aus, so das 1886 konzessionierte Projekt, stieg sie auf der linken Talseite gemächlich hinauf ins Gerental, um dort, unter dem Kühbodenhorn, durch einen 6,2 Kilometer langen Tunnel ins Tessin zu gelangen.

Die Bahn Brig-Airolo war eine Totgeburt. Ursprünglich nur lanciert, um den Bau des Eisenbahntunnels durch den Simplon zu verhindern.[4] Sie hatte jedoch nie die geringste Chance gegen die Simplon-Linie und fand keine Geldgeber. Trotzdem hatte der Bundesrat ihre Konzession mindestens ein halbes Dutzend Mal erneuert.

> «Die Bahn schadet den Interessen des Landes.»

Die Gommer hatten offensichtlich keine Ahnung von den Schwierigkeiten der Brig-Airolo-Bahn. Unbekümmert setzten sie alle Hoffnungen in dieses Projekt, weil es eine Normalspurbahn war, eine richtige Bahn eben, und eine mit Anschluss an die grosse Gotthardstrecke. Ein Schmalspur-Züglein auf die Alpe Gletsch und zum Rhonegletscher, das war vielleicht lustig für Touristen, ohnehin nur kauzige Engländer oder schrullige Amerikaner, aber für die Gommer ergab das keinen Sinn: Was sollten sie in Gletsch? Sie besassen doch alle selbst Alpen, auch Gletscher, Geröll und Steine allenthalben.

«Eine SchmalspurBahn würde (…) eine normalspurige wohl für immer ausschliessen», heisst es im Brief der Gommer an den Bundesrat. Aber wie gesagt, der Bundesrat zeigte kein Gehör.

In den Jahren 1902 bis 1907 wurden nicht weniger als zehn Konzessionsgesuche für Schmalspurbahnen eingereicht. Alle waren gedacht als Touristenbahn, und alle verfolgten dasselbe Ziel: Sie wollten die Fremdenstation Zermatt mit den bekannten Touristenmagneten St. Moritz und/oder Luzern verbinden.

Das erste Gesuch stammte vom Briger Nationalrat Alfred Perrig. Sein Projekt fiel auf durch eine eigenwillige Linienführung. Nach Mörel kletterte die Bahn hinauf bis ins Dorf Betten, um unterhalb Martisberg langsam nach Fiesch abzusteigen.

> «Die Bahn Brig-Airolo war eine Totgeburt.»

Nach 1905 erteilte der Bundesrat noch zwei weitere Konzessionen. Die Konzessionäre einigten sich schliesslich auf ein gemeinsames Projekt. Am 27. Mai 1910 gründeten sie in Lausanne die «Schweizerische Furka-Bahngesellschaft Brig-Furka-Disentis», aus der Jahre später die Furka-Oberalp-Bahn hervorging.

Die Zeichnung des Aktienskapitals endete mit einer dicken Überraschung: die Mehrheit der Aktionäre stammte aus Frankreich, von Pariser Banken. Und so wurde nicht etwa einer der Schweizer Initianten Verwaltungsratspräsident, sondern Graf d'Ormesson, ein französischer Diplomat. Und es war ebenfalls eine französische Firma, die den Zuschlag für den Bau der Bahn erhielt: die Pariser Unternehmung Batignolles.

Eröffnungszug: Die neue Bahn macht auf der Rückfahrt von Gletsch nach Brig in Oberwald halt. (Bild: NZZ)

Seiler-Reich: Joseph Seiler (1858 – 1929) in Gletsch vor dem beeindruckenden Panorama des Rhonegletschers.

Die französischen Ingenieure taten sich lange schwer. Die Bevölkerung begegnete ihnen mit offener Feindschaft. Immer wieder liessen Bahngegner ihre Wut an den neuverlegten Geleisen aus, lösten Schrauben, zertrümmerten Schwellen. Die Gemeinde Grengiols drohte der französischen Unternehmung ernsthaft mit Prozess. Grund: Sie hatte am Sonntag arbeiten lassen, sogar während des Hochamtes. Und natürlich weigerten sich viele Bauern, ihre Wiesen herzugeben, was zu gehässigen Diskussionen führte und zeitraubende Enteignungsverfahren auslöste. Eigentlich die üblichen Scherereien, nichts Gravierendes.

> «Drei Arbeiter liessen ihr Leben.»

Nur ein Mal geriet der Zeitplan durcheinander. Das geschah, als die Mineure oben beim Zmuttbach den kleinen Furkatunnel in Angriff nahmen. Im ersten Stollen stiessen sie auf «faulen» Fels und mussten aufgeben, darauf versuchten sie es knapp 100 Meter daneben mit einem zweiten Stollen. Um die verlorene Zeit aufzuholen, beschloss das Unternehmen, die Bauarbeiten auch über den Winter fortzuführen. Ein verhängnisvoller Entscheid.

Die Baustelle lag auf über 2000 Meter über Meer, umgeben von Lawinenhängen. Im Hochwinter war der Weg hinunter nach Gletsch und Oberwald abgeschnitten. Noch gab es keine Helikopter. Heute kaum vorstellbar, die Tunnel-Baustelle verfügte nicht einmal über einen Telefonanschluss.

Prompt ereignete sich mitten im Winter ein schweres Unglück. Am 2. April 1913, um 22.00 Uhr, krachten unmittelbar hintereinander drei Lawinen über die Dächer der Baracken, sie zerstörten die Sägerei und die Maschinenhalle. Wie durch ein Wunder gab es nur drei Tote, allesamt Maschinisten. Die Baracken waren zum Glück solide gebaut, dort nämlich schliefen 100 Arbeiter, nicht einer wurde verletzt, die übrigen 200 befanden sich im Stollen, eingesperrt, es dauerte fast zwölf Stunden, bis die Ausfahrt von den Schneemassen befreit war.[5] Die Arbeiten im Stollen mussten für wenige Tage eingestellt werden. Dann aber ging es wieder plangemäss weiter. Nur ein Knackpunkt bereitete den Ingenieuren Kopfzerbrechen: der Bahnhof Brig. Das Datum der Eröffnungsfeier stand bereits fest: der 30. Juni 1914, in rund einem Jahr. Aber noch immer stritten sich Bahnbauer und Behörden über den definitiven Standort des Briger Bahnhofes. ■

[1] *Brig-Oberwald-Gletsch – Konzessionsgesuch Perrig 1902. Bundesarchiv.*

[2] *Idem.*

[3] *Botschaft des Bundesrates vom 26. März 1905.*

[4] *Gaston Maison, Chemins de fer du Haut-Valais, Editions «Revue du Rail», Aigle 1975.*

[5] *Siehe u.a. Walliser Bote vom 9. und 12. April 1913.*

Dieser Text bildet den Auftakt einer dreiteiligen Serie von Frank Garbely rund um die Geschichte des Baus des Briger Bahnhofs.

Ein anderer Blickwinkel:

Bernie Sanders und das Ende des dritten Weges

Sebastian Werlen ist Sekretär der SP Oberwallis.

In vielen Ländern Europas sind die sozialdemokratischen Parteien in der Krise. In Deutschland folgt die SPD unter TTIP- und TISA-Befürworter Gabriel weiter dem von Schröder eingeschlagenen Kurs in die politische Mitte und unter die 20-Prozent-Marke. In Italien hat sich die Sozialdemokratie kampflos dem Christdemokraten Renzi ergeben. In Österreich schliesst die SPÖ die Grenze für Flüchtlinge und in Frankreich treibt Hollande mit seiner neoliberalen Politik die Arbeiterschaft in die Arme von Marine Le Pen. Wenn man diese Fakten analysiert, muss man zum Schluss kommen: Die von Schröder und Blair initiierte Strategie, in die Mitte zu rücken ist gescheitert. Der «Third Way»: Der dritte Weg, führt in eine politische Sackgasse!

In Grossbritannien hat das die Basis der Labour Party erkannt und gegen den Willen von Tony Blair und seinen Vasallen im Partei-Establishment Jeremy Corbyn zum neuen Parteichef gemacht. Während sich Corbyn noch beweisen muss, hat in letzter Zeit aber ein anderer alter linker Mann für Furore gesorgt: Bernie Sanders. Als der parteilose Senator aus Vermont (USA) im April 2015 seine Präsidentschaftskandidatur ankündigte, wurde er von allen als chancenlos abgekanzelt. Doch heute ist er Hillary Clinton auf den Fersen und hat schon 17 Vorwahlen gewonnen. Doch warum hat er einen solchen Erfolg?

Er ist authentisch, nicht politisch durchgestylt, sagt was er denkt und bezeichnet sich selbst als demokratischer Sozialist. Eigentlich alles Sachen, die in Amerika bis jetzt als unwählbar galten. Doch grosse Teile der Basis der Demokratischen Partei haben genug von der Politik des Partei-Establishments. Eine Politik, welche von unzähligen Lobbyisten bestimmt wird und von den Spenden der Superreichen und Grosskonzernen abhängig ist. Sie haben genug von der Politik des Third Ways, wie sie Bill Clinton in den USA eingeführt hat. Diese Politik, die für Deregulierung der Finanzmärkte steht und damit an der letzten Finanzkrise eine grosse Mitschuld trägt. All das wird von Hillary Clinton geradezu verkörpert. Die frühere Unterstützerin des ultrakonservativen Republikaners Barry Goldwaters versucht sich zwar im Moment als Linke auszugeben und verspricht die Wall Street stärker zu regulieren. Doch so richtig glauben kann man ihr das nicht. Wie auch, hat sie doch seit 2001 mindestens acht Reden für Grossbanken wie UBS oder Goldman Sachs gehalten. Für diese Reden hat sie mindestens 1,8 Millionen Dollar bekommen. Zudem weigert sie sich standhaft, die Transkripte für diese Reden zu veröffentlichen. Hat sie Angst, dass ihre wahren Positionen bekannt werden?

Bernie Sander ist der Gegenentwurf zum Modell Clinton, er finanziert seine Kampagne mit Kleinspenden von durchschnittlich 27 Dollar. Trotzdem oder vielleicht gerade darum hat er so im März 44 Mio. Dollar eingenommen und damit 14,5 Mio. mehr als Clinton. Ein weiteres Merkmal seiner Kampagne ist die Begeisterung, die er mit seiner Botschaft entfacht. So hielt er in New York eine Rede vor 27'000 AnhängernInnen. Besonders gross ist seine Anhängerschaft unter der Jugendlichen, so hat er 71 Prozent der Stimmen der unter 30-Jährigen TeilnehmerInnen an den bisherigen Vorwahlen erhalten. Doch warum hat er so viel Erfolg? Er vertritt klassische Positionen der Sozialdemokratie. Er will die Deregulierung des Finanzsektors der letzten Jahrzehnte rückgängig machen. Er will, dass die Superreichen wieder mehr Steuern zahlen. Zusammengefasst: Bernie Sanders will eine Wirtschaft, die wieder den Menschen dient.

Doch was kann die Linke in der Schweiz oder im Oberwallis lernen? Sie darf nicht mehr länger zulassen, dass die Partei des Walliser Trumps, Oskar Freysinger, die wahren Probleme mit billiger Hetze gegen die Schwächsten in unserer Gesellschaft kaschiert. Die Linke muss aber auch selbstkritisch sein. Der Vorschlag der Parteileitung der SP Schweiz wieder Spenden von Grosskonzernen anzunehmen, geht in die falsche Richtung. Die SP muss vermehrt das Potential von Kleinspenden ausschöpfen. Zudem muss sie auch die Möglichkeiten der modernen Kommunikation besser nutzen.

Aber die wichtigste Erkenntnis gilt für alle progressiven Kräfte weltweit: Wir dürfen

Buchtipp:

«In anderen Herzen»

Autor:	Neel Mukherjee
Titel:	In anderen Herzen
Verlag:	Kunstmann Verlag
ISBN:	978-3-95614-089-1
Preis:	35.90 Franken

Der indische Autor legt mit seinem zweiten Werk einen fulminanten Familienroman über Indien in den 60er-Jahren vor. Im Zentrum des Romans steht die Grossfamilie Gosh. Neben dem Patriarchen und seiner Frau spielen im Roman 5 Kinder mit 4 Ehepartnern und 6 Enkelkindern die tragende Rolle. Der Patriarch Prafullanath stammt aus einer reichen Goldhändler-Familie, wurde von dieser aber nach dem Tod seines Vaters vertrieben. In der Papierbranche kommt er jedoch erneut zu viel Geld und verfügt über mehrere Betriebe. Der Familie geht es finanziell mehr als gut und die Gosh sind angesehene Leute mit guten Kontakten in Politik und Verwaltung. Die Kinder können bis auf eine Ausnahme, was als kleine Schande betrachtet wird, alle verheiratet werden. Die Gosh leben in Saus und Braus mit einigen Angestellten in einem eigenen Haus. Dies ändert sich, sobald die Söhne in den Betrieb integriert werden und eine Erneuerung der Fabriken ansteht. Innerhalb der Familie kommt es immer wieder zu kleineren Skandalen und Intrigen. Daneben berichtet der Enkel Supratik von seinen Erfahrungen im Widerstand. Supratik schliesst sich bereits als junger Student der kommunistischen Bewegung an. Später wird er sich ganz dem Widerstand widmen und zieht mit Genossen aufs Land, um die arme Landbevölkerung für den revolutionären Kampf zu gewinnen. Mukherjee gelingt es wunderbar, Indien und die damaligen und immer noch existierenden Gegensätze aufzuzeichnen. Hier der Patriarch und seine verzogene Familie, welche immer mehr in den Abgrund driften, dort die Aufständischen, welche versuchen, die einfachsten Bedürfnisse der entrechteten Landbevölkerung zu verbessern. Die Revolutionäre sind jedoch nicht frei von Widersprüchen und Enttäuschungen. Suptratik und seinen Genossen gelingt es nur schwer, die Landbevölkerung für sich zu gewinnen. Die Leserschaft bekommt mit dem Buch zudem einen guten Einblick in die indische Kultur und Bräuche des Landes.

Michael Näpfli

Dicke Eier

Trotz SVP-Draht null fürs Wallis

Seit Generationen kontrolliert die SVP in Bern das Militärdepartement. Mit Oskar Freysinger hat sie auch das Militärdepartement in Sitten im Griff. Das habe grosse Vorteile, weil es so einen direkten Draht von Sitten nach Bern gebe. Plagiert Freysinger. Und das schaut dabei heraus:

- Die Armee gibt den Flugplatz Sitten auf. Das Wallis bekommt keine nennenswerte Kompensation. Stattdessen versucht Freysinger, die Stadt Sitten durch den Kakao zu ziehen.
- Das Militärdepartement ist auch für den Sport zuständig. Ein neues Zentrum soll den Schneesport voranbringen. Das beste Dossier hatte Fiesch. Statt sich dafür zu entscheiden, schickte Freysinger alle Walliser Dossiers nach Bern. Damit war allen in Bern klar: Das Wallis ist zerstritten. Deshalb machen jetzt die Bündner das Rennen. Unser Trump(el) schreibt stattdessen Leserbriefe.
- Der Duro ist aktuell die grösste Fehlinvestition. Das Retrofitten alter Duros kostet viel und bringt wenig. Selbst SVP-Nationalrat Giezendanner reibt sich vor Ärger die Glatze. Alternative Offerten wurden nicht einmal geprüft. Trotzdem stimmten die beiden Walliser Ständeräte Rieder und Fournier für dieses faktische Abrüstungsgeschäft. Andere Kantone hatten wenigstens Aufträge für ihre Metallindustrie rausgeholt. Nicht so das Wallis. Es geht auch bei diesem Geschäft (fast) leer aus.

Wie eine Liste, die im Bundeshaus zirkulierte, zeigt, bekommt der Kanton Bern für 51 Millionen Franken Aufträge, das Wallis gerade mal für 800'000 Franken. ■

Duro-Aufträge pro Kanton - diese Liste zirkulierte im Parlament

558 Millionen Franken für verbesserte Militär-Fahrzeuge. Ein Papier zeigt, wer von den Aufträgen profitiert. Mehr...

Staatsratswahlen I:

Darioli Albtraum

Simon Darioli, linker Freisinniger, opponierte als Dienstchef im Sozialdepartement gegen den gigantischen Sozialabbau im Wallis. Jetzt ist er in Pension und wird wegen den Staatsratswahlen in einem Jahr schon von Albträumen verfolgt. Im Blogspot von «Entremont – Autrement» malte er kürzlich den Teufel an die Wand. Esther Waeber-Kalbermatten kandidiere nochmals und trete dann während der neuen Legislatur vorzeitig zurück. Sie riskiere damit, dass die FDP im Staatsrat draussen bleibe und bei ihrer Ersatzwahl in zwei Jahren Franz Ruppen nachrutsche. Das Resultat wäre ein rechtskonservativer Staatsrat mit drei CVP- und zwei SVP-Vertretern. Effektiv ein Horrorszenario. Was Darioli zu träumen vergass: Esther Waeber-Kalbermatten ist möglicherweise die Einzige, die dank dreifachem Bonus – Amtsinhaberin, Frau und Vertreterin der Oberwalliser Minderheit – den linken Staatsratssitz vielleicht zu verteidigen imstande ist.

Staatsratswahlen II:

Roter Knatsch

Hinter den Kulissen der SP Unterwallis fliegen die Fetzen. Die Genossen machen mehr oder minder unverhohlen Druck auf Esther Waeber-Kalbermatten, sie müsse jetzt ihren Rücktritt bekanntgeben und Stéphane Rossini Platz machen. Waeber will erst nach dem 12. Mai die Katze aus dem Sack lassen. Doch Rossini hat ein Problem. Ohne Wahlbündnis mit der FDP hat er nur geringe Chancen. Doch ausgerechnet mit den Radikalen haben es Rossini und Co. mit der Stimmfreigabe im zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen ziemlich verscherzt.

Staatsratswahlen III:

Todsicherer Tipp

Der 4-jährlich wiederkehrende Zirkus um die Staatsratswahlen hin oder, einen todsicheren Tipp geben wir schon jetzt ab: Auch nach den nächsten Wahlen wird das Wallis, wie in der Vergangenheit, einen schwachen, ideen- und konzeptlosen Staatsrat haben. Jedenfalls ist bei CVP und SVP ausser Sozialabbau auf dem Buckel der Haushalte mit mittleren und kleinen Einkommen nichts Konkretes in Bezug auf die wichtigen Zukunftsfragen auszumachen. Erhalten bleibt uns stattdessen die Klientel- und Misswirtschaft. ■

Geht Leukerbad wieder baden?

Im Zuge des Leukerbadner Finanzdesasters in den 1990er-Jahren haben Dorfkönig Otto G. Loretan und seine Stiefelknechte mit gütiger Hilfe der Banken nacheinander die lokalen Gesellschaften geplündert. Im unsäglichen Rigi-Figi des Löcherstopfens kamen auch die Torrentbahnen an die Kasse. Seither liess Leukerbad die heillos überforderte Nachbargemeinde Albinen mit den Bahnen nicht nur hängen, sondern schaute schadenfroh zu, wie es immer mehr bergab ging. Jetzt, kurz vor dem drohenden Konkurs, will Leukerbad als grosser Nutzniesser das Heft endlich selber in die Hand nehmen. Und wartet schon wieder mit grossen Zahlen auf: 40 Millionen Franken Investitionen innert fünf Jahren im Rahmen eines ziemlich unausgegorenen Projekts, 20 Millionen Franken neues Aktienkapital. Woher soll das Geld für das neue Luftschloss kommen? 7 Millionen von den Regionsgemeinden, 4,5 Millionen von den Erst- und Zweitwohnungsbesitzern, 3 Millionen von den Gewerbebetrieben, 1,8 Millionen von den Hotelbetrieben. Bei so viel Fantatasie kann man nur hoffen, dass Leukerbad nicht schon wieder baden geht. ■

Au revoir Zweisprachigkeit

Das Wallis ist ein zweisprachiger Kanton. Dumm nur, dass es gerade bei den offiziellen Stellen mit der Zweisprachigkeit hapert. Ein Paradebeispiel dafür ist das Jugendparlament Wallis. «Schaue dich die Präsentation der Jugendsession 2016 an und schliesse dir der Veranstaltung an!», so der Aufruf auf der Facebook-Seite des Jugendparlaments. Abschreckender kann man einen Aufruf zur Teilnahme für deutschsprechende Jugendliche kaum gestalten. Ein Blick auf die Webseite bestätigt den Eindruck dann vollends. Eigentlich schade, wäre der Gedanke hinter dem Jugendparlament doch ein durchwegs positiver. Aber so nicht! Zweisprachigkeit ist keine Einbahnstrasse und braucht das Entgegenkommen von beiden Seiten. ■

Vielfältige Alternativ-Szene:

Kulturwüste Oberwallis?

Oberwallis | Das kulturelle Angebot im Oberwallis kann sich durchaus sehen lassen. Doch gerade im Bereich der Alternativ- und Jugendkultur fehlt es an Geld und möglichen Lokalitäten. Dabei lassen die grossen Talgemeinden einiges Geld für die Kulturförderung springen – es fliesst jedoch in andere Bereiche. Martin Germann

Frei(t)räume: Mehr Freiräume für die alternative Kulturszene wären dringend notwendig. (Bild: Unia Jugend Oberwallis)

Rund 5,3 Millionen Franken betrug der Aufwand der Gemeinde Visp im Jahr 2013 für den Bereich «Kultur, Freizeit, Kultus». Davon gingen rund 2,3 Millionen an das Kultur- und Kongresszentrum La Poste. Ein hoher Betrag, auch wenn man nicht ausser Acht lassen darf, dass das La Poste immerhin fast 1 Million Franken wieder einspielte. Die Zahlen sind über Jahre hinweg mehr oder weniger die Gleichen.

Ein ähnliches Bild präsentiert sich bei der Stadtgemeinde Brig-Glis. Rund 4,8 Millionen Franken flossen im Jahr 2014 in den Bereich «KulturFreizeit, Kultus». In beiden Fällen sind die Zahlen jedoch mit Vorsicht zu geniessen, denn ein nicht zu unterschätzender Teil der entsprechenden Ausgaben fliesst etwa in die Mediatheken sowie Sport- und Freizeitanlagen, um nur einige zu nennen.

Es wäre, und das muss hier in aller Deutlichkeit gesagt werden, unfair allen Oberwalliser Kulturschaffenden gegenüber das Oberwallis nun als Kulturwüste zu bezeichnen. Wer auf der Internetplattform von Kultur Wallis nach Veranstaltungen sucht, kann sich beinahe für jeden Abend eine Veranstaltung heraussuchen. Dennoch muss die kritische Frage erlaubt sein, ob das Geld aus öffentlicher Hand, welches in die Kultur fliesst, tatsächlich auch gerecht verteilt wird.

Das kulturelle Angebot für Jugendliche ist im Oberwallis gelinde gesagt dürftig. Insbesondere für Jugendliche und Junggebliebene, welche keinen Bock auf den gängigen Mainstream haben, welcher einem präsentiert wird. Dass an dieser Stelle die jungen Menschen selber gefordert wären, etwas auf die Beine zu stellen, liegt auf der Hand. Problematisch wird dabei jedoch, dass einem dabei diverse verschiedene Hürden in den Weg gestellt werden.

Dass diese Hürden existieren und real sind, musste man bei der Unia Jugend Oberwallis in den letzten Jahren immer wieder schmerzlich erfahren. Einmal im Jahr organisiert die Gewerkschaftsjugend eine Working Class Party mit diversen Bands. Der Anlass wurde bereits an verschiedenen Orten durchgeführt. Die Probleme die sich stellten waren oft die selben: Oftmals war es bereits schwierig, überhaupt eine geeignete Räumlichkeit zu finden. War der Ort für einen Anlass gefunden, stellte sich häufig die Frage der Finanzierung. Nur durch die Tatsache, dass die Unia Jugend Oberwallis auf ein Jahresbudget zurückgreifen kann, ist es ihr überhaupt möglich, kulturelle Veranstaltungen zu organisieren. Denn dass diese selbsttragend sein können, ist aufgrund der geringen Einnahmen und den hohen Kosten derzeit illusionär. Zwar wurde in den letzten zwei Jahren eine Lösung gefunden, welche die Kosten tiefer hält, doch das Problem bleibt bestehen.

Allgemein ist es im Oberwallis schwierig, überhaupt Lokalitäten für alternative kulturelle Aktivitäten zu finden. In Visp sind diese quasi nicht vorhanden. Neben dem Kultur- und Kongresszentrum La Poste bleibt wohl nicht mehr viel Spielraum für weitere Kulturförderung… In Brig-Glis existiert das von der Stadtgemeinde finanzierte Zeughaus Kultur. Jedoch sind auch hier die anfallenden Kosten hoch und da es nicht möglich ist, als VeranstalterIn den Barbetrieb selber durchzuführen, ist man darauf angewiesen, dass alle Ausgaben durch die Einnahmen aus den Eintritten gedeckt werden können.

Dem Oberwallis wäre ein frischer Wind in der alternativen Kulturszene dringend notwendig. Falls die Politik selber nicht aktiv wird, müssen neue Räume für alternative Kultur notwendigerweise erkämpft werden. ■

Interessensverbindungen des Autors: Der Autor ist selber Mitglied der Unia Jugend Oberwallis.

Hauser-Süess: Duseln für Doris

Früher gaben Walliserinnen und Walliser, die in die Ausserschweiz auswanderten, auswandern wollten oder mussten, ihren Dialekt umgehend auf. Sie begannen in der Sprache der im Oberwallis Zurückgebliebenen zu «duseln». Das Wort ist weitgehend verschwunden. Sprache wandelt sich mit den Menschen und ihren Gewohnheiten. Der Vater von Brigitte Hauser-Süess war ein Sozialdemokrat. Die Tochter verliebt sich im Wallis. Und sie wäre gerne nicht nur CVP-Präsidentin, sondern auch Ständerätin geworden. Rolf Escher verhinderte dies und fügte mit seiner Energie- und Verkehrspolitik dem Wallis in Bern den grösstmöglichen Schaden zu. Dank Escher Rolf durften die Schweizer Energiekonzerne Swissgrid und Danet die Kontrolle über das Hochspannungsnetz behalten. Und der Versuch des Ingenieurs Teuscher, die zweite Lötschberg-Neat-Röhre der BLS parallel zu den laufenden Bauarbeiten auszubauen, wurde von Escher und Co. versenkt. Brigitte Hauser-Süess hat in Bern eine schöne Karriere gemacht. Sie war in den letzten acht Jahren die wohl wichtigste Mitarbeiterin von Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf. Für das Wallis rausgeschaut hat dabei leider auch nicht viel. Das lag aber mehr an unseren Parlamentariern. Jetzt gehört Hauser-Süess neu zum Beraterteam von Bundesrätin Doris Leuthard. Diese hatte bisher kein Musikgehör für die Randregionen und ihre Probleme. Die Frage stellt sich: Haben wir neu etwas mehr Dusel dank der duselnden Brigitte? Wichtig wären Spielräume für innovative Ideen etwa bei der Umsetzung des neuen Raumplanungsgesetzes. ■

Veranstaltungen:

In der Roten Anneliese erscheinen regelmässig ausgewählte Veranstaltungstipps für Jung und Alt. Möchten auch Sie Ihre Veranstaltung hier abgedruckt sehen? Dann schreiben Sie uns an rote.anneliese@rhone.ch mit dem Vermerk «Veranstaltung».

Junges Visper Theater

Junges Visper Theater:
Norway; Today
19. Mai, 20.30 Uhr
20. Mai, 20.30 Uhr
21. Mai, 20.30 Uhr

Junges Visper Theater: Norway; Today.

Ein lebensmüder Norweger sucht über das Internet Gleichgesinnte, die mit ihm in den Tod gehen wollen. Eine junge Österreicherin meldet sich daraufhin, und sie treffen sich auf einer schneeverwehten Klippe in Norwegen, um gemeinsam in den Selbstmord zu springen. Ihre Todessehnsucht hat keine biographischen, eher grammatikalische Ursachen: Leben war für sie immer nur «am Leben», nie «mitten im Leben», zu sein. Eine wahre Begebenheit, die Bauersima anregte, die letzten Stunden der beiden Selbstmörder zu rekonstruieren und der Angelegenheit eine ganz eigene Wendung zu geben. Um für die Nachwelt ihre letzten Stunden mit der Kamera festzuhalten, müssen sie spielen. Wenn sie aber spielen, ist ihnen nicht nach Sterben…

Kellertheater Brig

3. Juni, 20.30 Uhr: Marjolaine Minot & Claude Lepretre

Zwei Frauen, zwei Schwestern, die sich ähneln und doch auch wieder nicht. Die eine ist klein, flink, ungeschickt, verrückt und ohne Geld. Die andere ist gross, langsam, reich, weise und vornehm. Zweifelsohne zerrissene, widersprüchliche Figuren. Die anfänglich alltäglichen, korrekten und zivilisierten Aspekte der Figuren steigern sich in ihren Wünschen und Verrücktheiten hin bis ins Absurde. Die menschliche Zerbrechlichkeit wird zugänglich und zart.
www.marjolaine-minot.com

Jazz Chälli Visp

Konzertbeginn jeweils 20.30 Uhr:
29. April: moostruck, soul bluew jazz
13. Mai: Plastic Creatures

Moshpit

30. April, 20.00 Uhr:
Sounds from the Street III
Bereits zum dritten Mal lädt der Verein Gegenkultur Wallis zu seiner fast schon legendären Sounds from the Street-Reihe. Für ordentlich Stimmung in der Hütte sorgen folgende Acts:

P.O.Box (Punk-Ska, Frankreich)
T-KILLAS (Ska, Deutschland)
Sergent Papou (Punk, Hip-Hop, Ska, Schweiz)
DJ-Set Brois & Stomp (Ska, 2 Tone, Early Reggae, Punk, Oi!)

OGUV – Themenwanderung

Samstag, 25. Juni 2016:
OGUV-Wanderung Jeizinen – Erschmatt
mit einer Führung im Sortengarten in Erschmatt.

Der Besondere Film

KINO ASTORIA, VISP	jeweils 20.30 Uhr
02.05.16	El Abrazo de la Serpiente
09.05.16	Spotlight
16.05.16	Room
23.05.16	Das Tagebuch der Anne Frank
30.05.16	Suffragette – Taten statt Worte
06.06.16	Julieta
13.06.16	Kollektivet – Die Kommune
20.06.16	La Belle Saison
27.06.16	Freeheld

ROTE ANNELIESE
Die kritische Stimme des Oberwallis
direkt zum Abo der Roten Anneliese

Die RA abonnieren – oder verschenken

Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort
E-Mail
Telefon

☐ Ich bestelle ein RA-ABO für 50 Franken.
☐ Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-ABO für 80 Franken.
☐ Ich verschenke ein RA-ABO für 50 Franken (Rechnung an mich).
☐ Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis von 25 Franken.
☐ NEU Ich bestelle ein Online-RA-ABO für 50 Franken.

Geschenk-ABO an:
Name/Vorname
Strasse
PLZ/Ort

Talon bitte ausschneiden und senden an:
Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis
oder per E-Mail an:
rote.anneliese@rhone.ch
www.roteanneliese.ch

Bau-Wildwest in Verbier:

Die Eisberghäuser der Superreichen

Verbier | Im Unterwalliser Nobelkurort Verbier liessen sich die zu Reichen und die zu Superreichen unterirdische Paläste und Termen bauen. Von 15 geprüften Baugesuchen waren 15 rechtswidrig. Was tun?

Leon Roth

Unterirdischer Luxus: Dutzende Bauten wurden in Verbier illegal erstellt.

Verbier ist vom Oberwallis weiter weg als Pattaya. Wir bekommen gar nicht richtig mit, was dort abgeht. Nicht einmal der hochsubventioniert Fernsehsender Kanal 9 erklärt uns, wie die Bananenrepublik Bagnes funktioniert.

In Verbier regiert der Filz zwischen Politik, Bau und Treuhand. Reiche Ausländer können trotz Franz Weber problemlos Ferien-Residenzen kaufen. Ausnützungsziffern gelten nur für oberirdische Bauteile. Unter dem gewachsenen Terrain entstehen Paläste. Der Kanton schaut weg.

«Niemand will den Fakten in die Augen sehen.»

Das Problem der zu Reichen und zu Superreichen kann das Wallis nicht lösen. Leider. Wenn sie hier ihr Geld in unterirdische Paläste verlochen, bringt dies wenigstens dem Baugewerbe etwas und schadet dem Landschaftsbild nicht.

Mit etwas Innovation könnte man das Problem lösen. Ein 4-Punkte-Plan:

1. Wer marode, bestehende Ferienhäuser abreisst und die bisher bebauten Flächen renaturiert, kann die so frei gewordene Ausnutzung in den Untergrund von Verbier oder andere Topstationen transferieren.

2. Diese unterirdischen Comina-Bunker mit oberirdischen Chalet-Eingangs-Zonen müssen als Nullenergie-Häuser das ökologische Wissen und Bauen im Wallis voranbringen.

3. Die durch Abriss bestehender Slum-Chalets entstehenden Grünflächen müssen in das Eigentum der jeweiligen Gemeinden übergehen.

4. Jährlich berichtet eine unabhängige Kommission, in der die Umweltorganisationen die Mehrheit haben, wie viele Kilowattstunden Strom und Wärme weniger verbraucht wurden. Und wie viele Quadratmeter Boden entsiegelt wurde.

Mallorca boomt touristisch. Neu wird Mallorca von einer rotgrünen Mehrheit regiert. Und dies bisher sehr erfolgreich. Die neue Regierung setzt auf weniger Ballermann und mehr Wertschöpfung. In London nennt man Bauten – wie sie in Verbier erstellt wurden – Eisberghäuser. ■

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 BRIG | NR. 237 | APRIL 2016
Adressänderungen bitte melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis oder per E-Mail an: rote.anneliese@rhone.ch